

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 419.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4089 a, 8. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Beitzelle oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 66.

Dienstag, den 20. März 1900.

7. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Rußland und Konstantinopel.

Der große historische Traum der Herrscher Rußlands seit den Zeiten Rjuriks und bis auf den letzten lebenden Zaren des Hauses Romanoff naht sich der Verwirklichung: die Eroberung der Byzanz, der Zarenstadt — Konstantinopel. Die Gerüchte, die seit geraumer Zeit hartnäckig verbreitet werden, gewinnen feste Gestalt: eine russische Eisenbahn durch Kleinasien fast bis an die Thore Konstantinopels und eine russische Niederlassung im bulgarischen Burgas. Man nehme eine Karte zur Hand und man wird erstaunt sein, mit welcher Frechheit Rußland seine Karten aufdeckt. Burgas ist der südlichste Hafen Bulgariens, von dem aus in wenigen Tagesmärschen auf bequemem Terrain Konstantinopel zu erreichen ist. Seine Flotte im Schwarzen Meere, die fleißig vermehrt wird, setzt Rußland in den Stand, in kurzer Zeit einige Armeekorps in Burgas zu landen. War schon 1878 mit dem Uebergang über den Balkan der Feldzug entschieden, so spart sich jetzt Rußland von vornherein diese Strapazen. Von Burgas bis Konstantinopel bleibt ihm thatsächlich nichts als ein militärischer Spaziergang. Und um auch in Kleinasien jeden Widerstand der Türkei von vornherein zu beseitigen, dazu dient die projektierte Eisenbahn, deren Erbauung nach den letzten Mittheilungen einem russischen Syndikat definitiv übertragen worden ist. Die Handelsbedeutung dieser Eisenbahn ist nicht groß, anders ihr strategischer Werth. Denn sie giebt Rußland die Möglichkeit, eine Armee aus dem Kaukasus nach Konstantinopel zu schaffen.

Es handelt sich also thatsächlich um die Auslieferung von Konstantinopel an Rußland. Daß die türkische Regierung es nicht einsehen, ist nicht anzunehmen. Dagegen sprechen alle Erfahrungen, die ganze politische Geschichte der Türkei in diesem Jahrhundert. Die Pforte gehorcht also der Noth. Das beweist, daß ihre politische Widerstandsfähigkeit vollständig gebrochen ist. Aber wird es England dulden? Und wie kommt es, daß Oesterreich schweigt, das durch dieses russische Vordringen noch näher betroffen wird, als England? Die bekannte Wolke am diplomatischen Horizont nimmt sehr düstere Formen an!

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lüb. Volksbote.“)

Berlin, den 17. März 1900.

Es ist einer zielbewußten Obstruktion gelungen, wenigstens vorläufig den Angriff der verbündeten Dunkelmänner auf Kunst und Natur zurückzuschlagen. Als heute um 11 Uhr der Reichstag zusammentrat, um sich über die lex Heinze weiter zu beraten, beantragte Genosse Wolfgang Heine im Namen unserer Fraktion, die Einschaltung eines § 327 a in das Strafgesetzbuch. Der Paragraph soll die Verbreitung ansteckender Krankheiten durch den Beischlaf unter Strafe stellen, falls die Betreffenden von diesen Krankheiten Kenntniß hatten. Der Gegenstand ist ebenso eigentümlich wie schwieriger Natur; die Ansichten darüber sind nicht geklärt und unter den Ärzten wie in unserer Partei getheilt; aber der Zusammenhang des Gegenstandes mit der lex Heinze ist unverkennbar und jedenfalls ist es das gute Recht der Linken, derartige Anträge zu stellen, wenn sie sich als Mittel erweisen, die Entscheidung über die lex Heinze hinauszuschieben und, wenn möglich, dem deutschen Volke diese Prüfung zu ersparen. Heine beantragte gleichzeitig, für die Dauer der Berathung über seinen Antrag die Öffentlichkeit auszuschließen. Nach der Geschäftsordnung muß ein solcher Antrag in einer geheimen Sitzung beraten werden. Der Präsident hob daher die Sitzung auf und beraumte eine neue, nicht öffentliche, auf 12 Uhr Mittags.

Die Tribünen mußten geräumt werden. Das Publikum — einige Frauen befanden sich darunter — zog enttäuscht nach Hause; die Berichterstatter schlugen mit Essen, Trinken, Rauchen und Kartenspielen in ihren Räumlichkeiten die Zeit so gut todt, als es gehen wollte. Natürlich träufelte von der geheimen Sitzung doch allerlei in die Öffentlichkeit. Man vernahm, daß der Antrag

auf Ausschluß der Öffentlichkeit glatt durchgegangen sei, daß sich sämtliche Redner für denselben ausgesprochen, Abg. Liebermann von Sonnenberg allerdings nicht, ohne sich in seinen gewohnten Tiraden zu ergehen. Dann folgte eine lange Geschäftsordnungsdebatte über die Frage, ob der Antrag auf Wiederherstellung des genannten, übrigens ursprünglich vom Prinzen Arenberg beantragten Paragraphen in derselben Sitzung vorzunehmen sei. Die Rechte mit dem Centrum bejahten, die Linke verneinte die Frage: das Haus entschied sich in namentlicher Abstimmung mit Zweidrittelmajorität dafür, die Berathung in derselben Sitzung vorzunehmen. Dann entwickelte Stadthagen die Gründe, die für, Bebel die Gründe, die gegen den Antrag sprechen. In namentlicher Abstimmung wurde — mit 230 gegen 9 Stimmen — der Antrag abgelehnt. Darauf verkündete Vizepräsident Schmidt, der gerade den Vorsitz führte, die Wiederherstellung der Öffentlichkeit; schon eine halbe Stunde vorher hatte Graf Ballestrem den harrenden Journalisten melden lassen, daß sich die Thüren des Saales ihnen alsbald wieder öffnen würden.

Der Antrag, der nach wiederhergestellter Öffentlichkeit zur Berathung stand, ging ebenfalls von unserer Partei aus und verlangte einen Zusatzantrag zum Groben- und Unfugparagraphen, der endlich dem Zustande ein Ende machen soll, daß eine Bestimmung, die sich nach der Absicht ihrer Urheber gegen ruhestörenden Lärm richtet, benutzt wird, die Presse zu chikaniren und die Kunst zu knebeln. Stadthagen begründete in witziger, humoristischer Rede den Antrag, namens der Freisinnigen schloß sich Bech ihm an. Dann ergriß das Wort — Prinz Alexander Hohenzollern. Der Sohn des Reichskanzlers sprach — natürlich! — gegen unseren Antrag; aber er erklärte sich gleichzeitig mit ungeahnter Entschiedenheit gegen die lex Heinze; sie werde, wie der Dreifuß-Handel in Frankreich, dazu führen, die Kreise der Bildung, namentlich die Litteraten und Künstler, in die offenen Arme der Sozialdemokratie zu treiben. Eine Meisterleistung glänzender Satire und beißenden Spottes war die kurze Rede unseres Genossen Dr. Schönlanke, der in wirksamer Weise die verbauerte Verfrömmungspolitik des deutschen Centrums mit der vorurtheilslosen Kunstliebe der prachtvollen Renaissancepäpste in Vergleich stellte.

Der Uebermuth der Mehrheitsparteien war gebrochen; die unverblühte Abfallserklärung des Prinzen Hohenzollern hatte niederschlagend auf sie gewirkt. Sie verhielten sich leidend ruhig, als Schönlanke sprach; die Rede des Abgeordneten Richter, die jetzt folgte und die gestern und vorgestern einen Tumult heraufbeschworen hätte, wurde kaum von Zwischenrufen unterbrochen. Richter hatte einen guten Tag; er gab den Mehrheitsparteien ein gutes Mittel zur Hand, den Uebergang der Künstlerkreise in die Reihe der Sozialdemokratie zu verhindern oder doch aufzuhalten: Verzicht auf eine Politik à la lex Heinze.

Damit schloß die Debatte. Jetzt wiederholte sich das Schauspiel von Donnerstag Abend: als die namentliche Abstimmung begonnen, verließ die gesammte Linke den Saal; nur Reinhard Schmidt, des hohen Hauses zweiter Vizepräsident, verblieb würdevoll auf seinem Platze. Die Abstimmung ergab, daß nur 170 Abgeordnete im Saale waren; das Haus war beschlußunfähig.

Ob sich der Born der Rechten und des Centrums, in deren Gemeinschaft sich die Rechtsnational Liberalen vom Schlage St. Paasche's pflichtgemäß entäußerten, in einer parlamentarischen Knebelbill, einer deutschen lex Falkenhahn, verkörpern wird, steht dahin. Vorläufig hat sich Herr Graf Ballestrem, dem Aerger und Aufregung ganz die gewohnte Kaltblütigkeit und den guten Humor, über den er sonst verfügt, geraubt zu haben schienen, eine Strafpredigt an die Linke geleistet. Möge er sich das Vergnügen leisten, die Obstruktionsparteien vor dem Lande zu verklagen, daß sie die parlamentarischen Geschäfte gestört haben: die Linke trägt diese Verantwortung mit Gelassenheit. Sie weiß, daß sie im Dienste deutscher Kultur gearbeitet hat.

Vorläufig ist die lex Heinze von der Tagesordnung verschwunden. Am Montag steht die Fortsetzung der zweiten Staatsberathung auf der Tagesordnung. Dann muß die dritte Lesung erfolgen. Vor Ostern ist an ein

Wiederauftauchen der lex Heinze nicht zu denken, ob nach Ostern der Flottenrummel noch anderen gesetzgeberischen Kunststücken Platz läßt, steht dahin.

In der Zwischenzeit aber sollten alle freien Geister Deutschlands ihre Stimme zu einem Protest vereinigen, vor dessen Urgewalt die bisherigen Kundgebungen verstummen.

170. Sitzung. Vormittags 11 Uhr.

Am Bundesrathstische: Nieberding. Die dritte Berathung der lex Heinze wird fortgesetzt. Zunächst soll folgender Antrag Heine (SD.) beraten werden: Das Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich erhält folgender § 327 a:

Wer die Gesundheit einer Person dadurch gefährdet, daß er, wissend, daß er mit einer ansteckenden Geschlechtskrankheit behaftet ist, den Beischlaf ausübt, wird mit Gefängniß bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 1000 Mark bestraft.

Präsident Graf Ballestrem: Es liegt mir ein Antrag Heine vor, die Öffentlichkeit bei Berathung dieses Antrags auszuschließen. § 36 der Geschäftsordnung lautet: Die Sitzungen des Reichstags sind öffentlich. Der Reichstag tritt auf Antrag seines Präsidenten oder von 10 Mitgliedern zu einer geheimen Sitzung zusammen, um dann zunächst über den Antrag auf Ausschluß der Öffentlichkeit zu beschließen. Ich schlage Ihnen deshalb vor, sich jetzt zu vertagen und in einer halben Stunde also um 12 Uhr zu einer neuen Sitzung zusammen zu treten.

Schluß 11 1/2 Uhr. Die Zuschauer und auch die Journalisten haben die Tribünen auf Anordnung der Reichstagsbeamten zu räumen.

Berlin, den 17. März 1900.

171. Sitzung. Mittags 12 Uhr.

Geheime Sitzung. Heine (SD.) (Zur Begründung seines Antrages auf Ausschluß der Öffentlichkeit.) Meine Partei ist stets eingetreten für vollste Öffentlichkeit auch bei der Verhandlung derartiger Fragen, die allerdings geeignet sind, unter Umständen irgendwelche Personen zu verletzen. Man kann derartige Fragen, auch die heikelsten ohne jede Verletzung echt sittlich behandeln, und wir haben sie stets so behandelt, aber es ist zuzugeben, daß weniger gefestigte Personen sehr wohl daran Anstoß nehmen könnten. Und gerade die Partei des Herrn Abg. Noeren ist ja der Meinung, daß das Beiwohnen bei der Besprechung derartiger Fragen insbesondere für Frauen nicht geeignet sei. Wir würden nicht, daß Frauen, welche einer solchen Besprechung beizuhören, deshalb nachher Beschimpfungen ausgesetzt sind. Aus diesem Grunde beantragen wir den Ausschluß der Öffentlichkeit. Ich verweise ferner auf die Auslassungen der „Hamburger Nachrichten“ vom 16. März, welches Blatt ich zwar nicht als Autorität nicht anerkenne und welches auch erklärt hat, daß derartige Verhandlungen zur Besprechung vor der Öffentlichkeit überhaupt nicht geeignet seien.

Noeren (Z.) verliert seine Aeußerungen, die Abg. Heine erwähnt hat, abzuschwächen und erklärt sich im Uebrigen für den sozialdemokratischen Antrag; beßgl die Abgg. v. Leberow und v. Karborff für die konservativen Parteien.

Liebermann v. Sonnenberg (Antif.) ist ebenfalls für den Antrag, erklärt aber, daß der Antrag den sozialdemokratischen Grundfäßen widerspreche, nach denen doch Männer und Frauen gleichberechtigt seien.

Bebel (SD.): Von einem Abweichen von unseren Prinzipien ist nicht zu sprechen, denn es ist nicht nur der Ausschluß der Frauen, sondern auch der der Männer in den Antrag einbezogen. Daß Frauen hier im Hause nicht anwesend sein können, ist nicht unsere Schuld.

In der Abstimmung wird der sozialdemokratische Antrag einstimmig angenommen.

Der Präsident will in der Tagesordnung fortfahren und den Antrag Heine zur Berathung stellen, welcher folgenden § 327 a in das Strafgesetzbuch für das deutsche Reich einfügen will:

Wer die Gesundheit einer Person dadurch gefährdet, daß er, wissend, daß er mit einer ansteckenden Geschlechtskrankheit behaftet ist, den Beischlaf ausübt, wird mit Gefängniß bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu eintausend Mark bestraft.

Singer (SD.) verlangt das Wort zur Geschäftsordnung. Präsident Graf Ballestrem: Ich denke doch der Abg. Singer wird mich erst aussprechen lassen, ehe er das Wort bekommt. (Lebhafter Beifall rechts.) (Nach der Rechten) Händeklatschen ist durchaus unstatthaft.

Singer (SD.) (zur Geschäftsordnung): Ich bin der Meinung, daß es unstatthaft ist, sofort zur Berathung des Antrages Heine überzugehen. Die Tagesordnung, die der Präsident für die jetzige Sitzung aufgestellt hat, enthält nichts, als die Berathung, ob eine geheime Sitzung stattfinden soll. Nachdem diese Frage vom Hause erledigt ist, ist es nur notwendig, eine neue Sitzung anzuberaumen für die Abwicklung der eigentlichen Tagesordnung. Ich beantrage zugleich, über diese Frage die namentliche Abstimmung. (Beifall rechts.)

Präsident Graf Ballestrem: Psui! zu rufen habe ich wiederholt als unparlamentarisch erklärt. Der Präsident erwidert dem Abg. Singer und hält an seiner Auffassung fest, daß die bereits vorliegende Tagesordnung die Weiterverlebung des Antrages Heine in sich begreife und eine neue Sitzung nicht anzuberaumen sei.

Singer (SD.) widerspricht nochmals. Es findet namentliche Abstimmung statt. Der Antrag Singer wird mit 182 Ja gegen 65 Nein bei einer Stimmenthaltung abgelehnt.

Es folgt die Berathung des Antrages Heine. Erster Redner ist Stadthagen (SD.), der den Antrag begründet.

Bebel (SD.) spricht sich gegen den Antrag aus. Derselbe sei überflüssig, da durch andere Paragraphen des Strafgesetzbuches der gleiche Zweck erreicht werde. Der gleichen Ansicht ist der Regierungsvorsteher.

Tischendorf. Die namentliche Abstimmung wird darauf der Antrag keine mit 230 gegen 9 Stimmen abgelehnt.

Die Öffentlichkeit wird um 3 Uhr wieder hergestellt. Zur Berathung wird der folgende Antrag Heine (SD.) gestellt:

§ 360 Nr. 11, welcher lautet: „Mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder mit Haft wird bestraft, wer in ungebührlicher Weise ruhestörenden Lärm erregt oder wer großen Unfug verübt“ erhält folgenden Zusatz: „Diese Bestimmung findet keine Anwendung auf Erzeugnisse der bildenden und reproduzierenden Kunst und der Presse.“

Stadthagen (SD.) begründet den Antrag. (Die Rechte sind das Zentrum verlassen bis auf wenige Abgeordnete den Saal. Die Juridischen Fakultäten lärmten. Redner wird zu Anfang seiner Ausführungen von der Reden und dem Zentrum wiederholt unterbrochen. Er geht auf die Zwischenrufe unter dem Beifall und der oft sich wiederholenden Heiterkeit der Linken ein.) Wir bitten, daß der grobe Unfugparagraph auf Erzeugnisse der Kunst und der Presse keine Anwendung findet. Kunst und Presse haben sich oft darüber beschwert, daß dieser Paragraph, der seinen Inhalt und seiner Entstehung nach nur gegen Hubschläge angewendet werden soll, auf sie bezogen wird. Der Paragraph ist ausschließlich zu einem Bankett für den Strafrichter geworden. Das schäbische Oberlandesgericht hat antisemitische Flugblätter gegenüber einmal der richtigen Standpunkt vertreten, daß die Presse grober Unfug überhaupt nicht verüben könne. Aber bei sozialdemokratischen Flugchriften hieß es natürlich, das Publikum in seiner Allgemeinheit sei gefährdet. Die Folgen der Anwendung des Groben Unfugparagraphen hat die Presse aller Parteien auf's Tiefste zu beklagen. Der Richter muß von seiner objektiven Warte in den politischen Kampf hinabsteigen, und sein Urtheil je nachdem fällen, welcher Partei der Verfasser eines Artikels angehört. Darum ruft die Wahrheit dem Reichstage zu, er möge dafür sorgen, daß die Presse wenigstens nicht auf Grund des Groben Unfugparagraphen bestraft werden kann. Und gerade die Arbeiterpresse hat sich über die Anwendung des § 360, Nr. 11 zu beschweren. So ist jüngst der Redakteur des „Kupferschmied“ mit 4 Wochen Haft bestraft worden, weil in einer Annonce geandert hatte: „Zugung nach hier ist bis auf Weiteres streng ferngehalten.“ Auch die Witzblätter sind durch den Paragraphen bedroht. Ich erinnere an den Erlaß Friedrichs II., daß Zeitungen nicht gemindert werden sollen. Ich erinnere an das glorreiche Jahr 1848, das für kurze Zeit Pressefreiheit schaffte. Heute bemüht man sich, die Presse mit Fallstricken zu umgeben. Befreien wir die Presse von den Fesseln, die ihr noch anhaften. Auch die Kunst gilt es zu schützen. Auch ihr ist der § 360, Nr. 11 eine Fessel. Es kann leicht vorkommen, daß ein Staatsanwalt von der Leba mit dem Schwanz jagt: Unzüchtig ist es nicht, schamlos auch nicht, aber es ist Grober Unfug. (Große Heiterkeit.) Nehmen Sie wenigstens diese kleine Verbesserung an den vielen Schäden der lex Heinze vor und nehmen Sie den Richtern die Möglichkeit, diesen Paragraphen auf die Erzeugnisse der Kunst und der Wissenschaft anzuwenden. Werden lebendige Dinge in den Sarg gelegt, so wird der Sarg emporsteigen und denen in's Gesicht, die den Sarg gemauert haben. (Lebhafte Beifall bei den Sozial.)

Beckh-Coburg (SP.): Viele bedeutende Juristen haben sich gegen die Handhabung des Groben Unfugparagraphen ausgesprochen. Nehmen Sie den Antrag an, daß dieser Paragraph auf Werke der bildenden und reproduzierenden Künste und auf die Presse nicht angewendet werden darf. (Bravo! links.)

Prinz Hohenzollern (Wilt): Ich sehe in dem Antrag nur einen Versuch, von hinten herum den Groben Unfugparagraphen zu beseitigen und die Absicht der Sozialdemokraten, weitere Kreise für sich zu gewinnen. Frankreich bietet ein warnendes Beispiel. Verlassen Sie nicht in den Fehler des benachbarten Landes, wo eine der dunkelsten Mächte nur mit Hilfe der Sozialdemokratie geführt werden konnte. (Bewegung.) Wenn aber einseitig der Führlingsgeist der Herren Bebel und Singer eingeführt sein wird, wird die Kunst schlecht dabei wegkommen. (Widerstand bei den Sozialdemokraten.) Da der einzige Erfolg der Vorlage der sein wird, daß der Sozialdemokrat neue Kreise zugeführt werden, so werde ich nicht nur gegen den Antrag, sondern gegen den ganzen Gesetzentwurf stimmen. (Hört, hört! links.)

Dr. Schönlank (EZ.): Wir bekämpfen die lex Heinze nicht um durch unser Verhalten bestimmte Kreise zu gewinnen, sondern weil sie eine Gefahr ist für die Freiheit der Kunst, weil sie ein Gesetz ist im Interesse der Zensurfreiheit. (Sehr gut! links.) Der Prinz Hohenzollern meint, die Kunst werde schlecht wegkommen in der Gesellschaft, die wir planen. Wie wird mehr die Kunst das Gemeingut des Volkes sein, als in einer Gesellschaft, die die kapitalistische Ausbeutung befreit hat, wo die gesamte Nation an den Kulturvermögenen theilnimmt, die heute ein Privileg der Bourgeoisie sind. Wir wollen nicht dulden, daß dieselbe Unterdrückungspolitik, die auf dem Gebiete des Wahlrechts herrscht, übertragen wird auf das Gebiet der künstlerischen Darstellung in Wort, Schrift und Bild. Herr Grober hat ja gestern zu meiner großen Freude offen erklärt: „Wir wollen die ganze Kunst treffen, gleichviel ob sie das niedrige, vulgäre Gebiet oder die höchsten Gebiete betrifft.“ (Hört! hört! links.) Die Devise der Heinze-Räumer (große Heiterkeit) läßt sich zusammenfassen in die schönen Worte des Zentrum-Schriftstellers Sebastian Branner: „Seit wann darf man den Seinen nicht auf den Hüpfen heben, wenn sie durch lautes Gurgeln die Seele verhexen?“ (Heiterkeit.) Herr Grober hat von einer Schweineherde gesprochen. Die Leute sollten doch bedenken, daß dem Reiner alles rein ist, dem Schweine alles Schweine. (Lärm rechts und im Zentrum. Sehr richtig! links.) Das, was Herr Grober und seine Freunde als Kunst betrachten, ist die Kunst der Bauführer und höheren Richter, aber nicht die wirkliche Kunst, die sich geschichtlich entwickelt hat. Der Katholizismus steht zu der Kunst geschichtlich ganz anders als die Heine steht. Sie sind Epigonen eigener Art. Die Päpste haben in außerordentlichen Beziehungen gestanden zu Petrarca und zu Boccaccio, dem Dichter des „Decamerone“, eines Werkes, das noch heute zu den glänzendsten Leistungen der Novellistik gehört. Boccaccio wurde dreimal als Gesandter des Florentiner auf das französische Hofe aufgenommen. Die populären Romane und Satirestücke sind von den Päpsten aufs Gütigste gepflegt worden. Wenn ich Ihnen die satirischen Darstellungen in dieser Sitzung vorlesen würde, so würden Sie erkennen sein, daß nach einem amtlichen Bericht des Kardinals und Papst lehrtat Beifall flauten. Diese Stücke, die der Papst applaudirt, wollen Sie ebenso treffen, wie die modernen Stücke, den Probekandidaten usw. Wie weit ist man schon mit der Theaterzensur gekommen! Ich erinnere an das Stück von Dreger: „Im Behandlung.“ Keine katholische Forderung, die noch der Kunst selbstständiger Kritik haben, stimmen mit der Politik des Zentrums nicht überein. So sagt Prof. Schell aus Würzburg: „Geistige Mächte können weder durch Polizeimaßregeln zurückgehalten, noch überwunden werden.“ Ich glaube, daß andere Anwesenende dazu beitragen werden, daß die Bewegung gegen die lex Heinze die weitesten Kreise des Volkes ergreife und dazu führe wird, daß das Gesetz, zum Schutze gewisser Erfindungen und wichtiger Aufzeichnungen, den Weg nimmt, den es gehen muß, den Weg zum Tode. (Heiterkeit, Bravo! links.)

Richter (SP.): Die Praxis der Gerichte hat aus dem Groben Unfug-Paragraphen einen Paragraphen gemacht, den man in allen Fällen anwendet, wenn sonst kein Paragraph anwendbar ist. (Sehr richtig! links.) Daß Prinz Hohenzollern gegen das Gesetz stimmt, ist um so mehr zu begrüßen, als er den Regierungsvor-

kreisen besonders nahe steht. Er meinte, die einzige Wirkung werde die sein, ideal denkende Kreise der Sozialdemokratie zuzuführen. Es giebt ein sehr einfaches Mittel, um diese Wirkung abzuschwächen. Wenn Sie ebenso zähe und hartnäckig Opposition treiben wie die Sozialdemokratie, werden Sie es verhindern, daß die Kreise, die sich durch die Vorlage verletzt fühlen, der Sozialdemokratie zugeführt werden. (Große Heiterkeit links.) Wenn jetzt das Gesetz vermuthlich von der Tagesordnung verschwinden wird und erst nach Oftern wiederkehrt, so hat man im Volke während dessen Zeit, zum Bewußtsein zu kommen, warum es sich bei dieser Gesetzesänderung eigentlich handelt. Und das ist nötig, denn in der Gesetzgebung soll sich das Reichsbewußtsein des Volkes abspiegeln. (Lebhafte Beifall links.)

Geheimer Oberregierungsrath v. Venhe: Im Namen der Verbündeten Regierungen bitte ich Sie, den Antrag Heine abzulehnen. Er gehört nicht in diesen Gesetzentwurf hinein. (Hört! links.) Ich gebe zu, daß der grobe Unfug-Paragraph von den Gerichten eine zu weit gehende Auslegung erfahren hat (Hört! hört! links), hier ist aber nicht die Gelegenheit, dieser zu weit gehenden Auslegung einen Riegel vorzuschieben. Es liegt ja dem Hause bereits ein Initiativantrag Munkel vor, der dasselbe bezweckt. Damit schließt die Diskussion.

Auf Antrag des Abg. v. E. Coburg (SP.) ist die Abstimmung eine namentliche.

Beim Beginn des Namensaufrufs verläßt die ganze Linke bis auf einige wenige Abgeordnete den Saal und kehrt erst nach der Abstimmung wieder zurück. An der Abstimmung theilnehmen sich 172 Abgeordnete (170 stimmen gegen, 2 für den Antrag). Das Haus ist somit beschlußunfähig.

Präsident Graf v. Helldorf: Ehe ich Tag und Stunde der nächsten Sitzung festsetze, will ich konstatieren, daß die Herren, welche hier den Antrag auf namentliche Abstimmung gestellt haben, selbst die Beschlußfähigkeit herbeigeführt haben. (Lebhafte Rufe rechts: Bravo! Die ganze Linke ruft im Chor: Wir haben nur unsere Pflicht erfüllt!) Ich habe nur konstatirt, was geschehen ist. (Rufe links: Ja, aber in welchem Ton! Lärm links und rechts. Abg. Frohme: Unser Recht lassen wir uns nicht nehmen.) Präsident: Halten Sie den Mund, Herr Frohme. (Ohrenbetäubender Lärm im ganzen Hause; Abg. Singer: Unser Recht lassen wir uns nicht nehmen!) Präsident: Ich schlage vor oder vielmehr ich setze für die nächste Sitzung auf Montag den 12. März. (Rufe links: 19. März.) Samstag 19. März. In der Aufregung kann einem so etwas passieren. Eine Tagesordnung setze ich aber nur fest, weil es die vornehmste Pflicht des Reichstages ist, den Reichshaushaltetat fertigzustellen, und weil diese Fertigstellung gefährdet wäre, wenn wir der Gegenstand der heutigen Tagesordnung weiter berathen würden. Ich setze also als Tagesordnung fest: 2. Lesung des Etats für die Einführung des Schiedsverkehrs im Reichspostgebiete, 2. Lesung des Reichseisenbahnetats, des Reichsfinanzetats und Invalidenfonds. Die Sitzung ist geschlossen. Schluß 5 Uhr.

Politische Handbitten.

Entschlebung.

Der Zorn der Agrarier gegen die Regierung wird sich bald legen. Hinter den Coulissen, so telegraphirt man der „Frankf. Ztg.“ aus Berlin, munkelt man davon, daß den Agrariern seitens der Regierung angeboten sei, falls sie auf das Einfuhrverbot für Rindfleisch verzichten und sich mit dem Verbot von Würsten und Konjerven begnügen, für die Zeit nach Ablauf der Handelsverträge eine Erhöhung der Getreidezölle, speziell des Weizenzolls, von 3,50 Mark auf mindestens sechs Mark für den Doppelzentner zu garantiren. Na also!

Protest gegen die Wahl des Abgeordneten Blade ist, entgegen anderer Meldung, von unserer Seite doch erhoben worden. Der Protest stützt sich im Wesentlichen auf eine Anzahl von Einzelfällen, in denen Wähler entweder nicht oder zu Unrecht in den Wählerlisten eingetragen gewesen sein sollen. Ferner wird die Thatsache hervorgehoben, daß in einem Orte ca. 50 Stimmzettel, in denen der Name des einen Kandidaten durchgestrichen und derjenige des andern durch Stempelaufdruck hergestellt war, für ungültig erklärt worden sind. Sodann wird behauptet, der Landrath des Kreises Calbe habe in nicht näher bezeichneten Orten seines Amtsbezirks die „Landwehr- und Kriegervereine in den Dienst des Interesses einer Partei zu stellen unternommen, ein Unternehmen, das ihm in den meisten Fällen auch geglückt sei.“

Arge Kopfschmerzen verursacht die Hinausschiebung der Berathung des Flottengesetzes in der Budgetkommission des Reichstages dem Berliner Kruppblatte. Unzufrieden schreibt es:

Die abermalige Verzögerung in der Berathung der Flottenvorlage seitens der Budgetkommission und namentlich die kaum fruchtbare Retardierung mit einem „Erholungsbedürfnis“ Angesichts der in drei Wochen beginnenden Reichstagsferien ist sehr dazu angethan, im ganzen Lande, wo für dieses Verschleppungssystem sehr wenig Verständnis (?? Red. des „Vollk.“) besteht, einen fast depriimirenden Eindruck hervorzurufen. Im Hintergrund der Verzögerung steht wohl der Gedanke, daß nach den Operationen der Abgeordnete Dr. Lieber vielleicht in der Lage sein werde (?? Red. d. „Vollk.“), sich an den Arbeiten der Kommission zu betheiligen. Aber dann wäre es richtiger, dies offen auszusprechen anstatt die bei Weitem wichtigere Angelegenheit der ganzen Session hinter dem „Erholungsbedürfnis“ der Mitglieder der Budgetkommission zu verdecken.

Wer das Panzerplatten-Interesse des Blattes kennt, wird seinen Schmerz zu würdigen wissen.

Gegen die lex Heinze. Gegenüber der Freitag erfolgten Annahme der Literatur- und Kunstfeindlichen Paragraphen der lex Heinze hat das Komitee zur Bekämpfung der Paragraphen unter Sudermanns Vorsitz sich einstimmig dafür entschieden, den Widerstand gegen die geplanten Beschränkungen mit allen gesetzlichen Mitteln fortzuführen. Diese Bestimmungen sind zwar, wie das Komitee bemerkt, mehrschach im Vergleich mit den Beschlüssen zweiter Lesung abgeschwächt worden, auf der anderen Seite ist aber infolge der verschiedenen und sich vielfach widersprechenden Auslegungen, welche die Beschlüsse bereits in der Verhandlung erhalten haben, eine gesteigerte Verwirrung zu Tage getreten, welche der Interpretationskunst der Gerichte den ausgedehntesten Spielraum gibt, und Literatur, Kunst und Gewerbe der Rechtsicherheit entzieht. Die Literatur- und Kunstparagraphen der lex Heinze müßten daher fortwährend als eine schwere Schädigung freier

Kunst und Wissenschaft bekämpft werden. Das Komitee hat sich der Erwartung hingegeben, daß die von den Bestimmungen des Kunstparagraphen in Mitteleuropa gezogenen Berufskreise, Genossenschaften und Korporationen mit ihren Einzelregierungen in Verhandlung treten, damit diese dem Gesetz in der vorliegenden Fassung die Zustimmung versagen. Das Komitee wird demnächst Berathung nehmen, mit weiteren Kundgebungen und die Öffentlichkeit zu treten.

Die XVI. Reichstags-Kommission trat am Mittwoch unter dem Vorsitz des Abg. v. Frege-Welshen zum erstenmal in diesem Jahr zusammen. Zur Erörterung stand der bekannte Antrag Hehl und Gen., die verbündeten Regierungen zu ersuchen, für die Pflege des Friedens zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gesetzliche Bestimmungen in Aussicht zu nehmen, durch welche den Arbeitern die Möglichkeit gegeben wird, sich an der Regelung gemeinsamer Angelegenheiten mit den Unternehmern und den Organen der Regierung durch Vertrauensmänner zu betheiligen. Zu diesem Zweck soll der Antrag Lieber dahin erweitert werden, daß die Gewerbegerichte Unterabteilungen gründen, von denen die Errichtung von Unterklassen, Abgabe von Gutachten, Anträge betr. die gesundheitlichen Verhältnisse der Arbeiter, der Arbeiterwohnungen zu berathen und den Behörden vorzulegen sind. Ferner wird beantragt: Die Funktionen dieser Abteilungen der Gewerbegerichte als Einigungsämter in Fällen von Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu erweitern, daß ein gesetzlich gesicherter Verhandlungszwang eingeführt wird. Bei Beginn der Debatte wurde eine entsprechende Resolution in eingebracht. Von sozialdemokratischer Seite wurde Vertagung beantragt; dieser Antrag jedoch nach längerer Geschäftsordnungs-Debatte abgelehnt. Frhr. v. Seyl begründete die obige Resolution. In England sei durch die Einigungsämter ein gutes Ergebnis erzielt worden, indem ungefähr 50 Proz. der ausgebrochenen Ausfälle beseitigt worden seien. Frhr. v. Nitzthofen ging auf die Arbeiterauschüsse und Einigungsämter ein. Der Arbeitgeber soll sich verpflichtet fühlen, dabei mitzuwirken. Segitz erklärte sich gegen den zweiten Absatz der Resolution und ist der Meinung, daß erst obligatorische Gewerbegerichte eingeführt werden müßten. Dr. Hize betonte, daß die Einigungsämter in Abteilungen (Gruppen) je nach ihrem Gewerbe eingetheilt werden müßten. Dr. v. Frege unterstützte die Resolution. Die Resolution wurde im 1. Absatz mit allen, im 2. mit 15 gegen 5 Stimmen der Sozialdemokraten angenommen, ebenso der Antrag Pachnicke-Rösche (Dessau) mit 15 gegen 5 Stimmen.

Flottenvorlage und Handelspolitik. Die Wirkung der Flottenrüstungen bleibt nicht bloß auf die Kolonialpolitik beschränkt. Man übertreibt kaum, wenn man annimmt, daß die Marinerüstungen die gesamte deutsche Politik beherrschen. Nicht nur wird Alles der Marine gegenüber zurückgesetzt, sondern die gesamte Politik wird auf die „starke Kriegesflotte“ gestimmt. Um was es sich auch handeln mag, erscheint der Regierung die Vermehrung der Panzerschiffe als die richtige Lösung aller Schwierigkeiten. Besserung der Lage der Arbeiter? Bauen wir Panzerschiffe! Hebung des Mittelstandes? Bauen wir Panzerschiffe! Die Interessen der industriellen Entwicklung? Bauen wir Panzerschiffe!

Daß die Marine- bzw. Kolonialpolitik tatsächlich nicht nur der Sozialpolitik, sondern auch der Handelspolitik entgegengesetzt wird, hat soeben die Berathung über das Fleischbeschaugesetz klar gezeigt. Wir wollen schon gar nicht davon reden, wie die Fleischtheuerung das Volk drückt, das ist von uns genugsam erörtert worden, — aber eine offensichtliche Thatsache ist es, daß die Vereinigten Staaten sich die Chikanirungen ihrer Fleischausfuhr nach Deutschland nicht mehr wollen gefallen lassen, daß sie Vergeltungsmaßregeln in Gestalt von Hindernissen der deutschen Bier-, Zuckerausfuhr u. vorbereiten, ja zum Theil sogar bereits ergriffen haben. Aber diese Schädigung der deutschen Industrie will die Regierung hinnehmen, um nur die agrarischen Stimmen für die Flottenvorlage zu erlangen. Sogar noch mehr! Währenddem die anderen Industriestaaten, Einer nach dem Anderen, mit dem Vereinigten Staaten von Nordamerika Handelsverträge auf Grund gegenseitiger Zoll-Ermäßigungen abschließen, plant man in Deutschland eine Erhöhung der Getreidezölle, die unerschwer zu einem Volkrieg mit Amerika führen würde, bei dem alle Nachtheile auf Seiten Deutschlands sind: erstens weil Deutschland die amerikanischen Einfuhrartikel — Getreide, Baumwolle, Petroleum — unentbehrlich sind, zweitens weil die Vereinigten Staaten die deutschen Fabrikate umso mehr entbehren können, als, wie schon erwähnt, sie mit den anderen europäischen Industriestaaten günstige Handelsverträge abschließen. So ist man im Begriff, den größten und vortheilhaftesten überseeischen Markt zu opfern, und was hat man als Ersatz? Die höchst problematischen Handelsaussichten in Asien und Afrika, bei halbbarbarischen Völkern, die alle zusammen noch bei Weitem die Kaufkraft des zivilisirten amerikanischen Volkes nicht erreichen. Und indem man die Handelsbeziehungen zu Nordamerika stört, vertheuert man die eigene Produktion gerade jener Artikel, die auf den Kolonialmärkten am meisten Absatz finden und setzt sich dadurch auch dort in Nachtheil gegenüber den anderen exportirenden Staaten, zu denen nunmehr auch die Vereinigten Staaten von Nordamerika gehören. Nichts zeigt deutlicher als das, wie sehr in deutschen Flottenrüstungen imperialistische Expansionsbestrebungen über allem Anderen maßgebend sind. Die Handels-

Interessen des deutschen Industriestaats werden vielmehr zurückgesetzt gegenüber den politischen Interessen der deutschen Großmacht. Weltmachtpolitik ist das, nicht Weltpolitik!

Kleine politische Nachrichten. Der Bundesrath hat in seiner Sonntags-Sitzung die Vorlage, betreffend den Entwurf eines Gesetzes wegen Feststellung eines Nachtrags zum Landeshaushalts-Etat von Elsaß-Lothringen für das Rechnungsjahr 1900, den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Der Vorlage, betreffend Bestimmungen für die Vornahme einer Volkszählung für die land- und forstwirtschaftlichen Aufnahmen und eine Viehzählung im Jahre 1900, ferner der Vorlage, betr. die Ausprägung von Nickel- und Kupfermünzen, wurde die Zustimmung ertheilt. — Gegen die W a r e n s t e u e r sind bei der Vereinigung deutscher Fabrikanten gegen Sonderbesteuerung von Großbetrieben weiter 1500 Petitionen von Fabrikanten eingegangen und dem Abgeordnetenhaus überreicht worden, so daß die Zahl der Petitionen nunmehr auf über 8000 gestiegen ist. — Die Budgetkommission des Reichstages wird, wie von befreundeter Seite verlautet, vom Vorsitzenden von Karboff voraussichtlich zum 27. März einberufen werden, um in die Verhandlung der Flottenvorlage einzutreten. — Zur Durchführung der Handwerker-Organisation veröffentlicht der „Reichsanzeiger“ die kaiserliche Verordnung, wonach die Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung über die Einrichtung von Handwerkskammern mit dem 1. April 1900, die Bestimmungen über das Halten von Lehrlingen mit dem 1. April 1901, über die Führung des Meistertitels mit dem 1. Oktober 1901 in's Leben treten. — Die Seemannsordnung ist am Freitag dem Reichstage zugegangen. — Die Unfallversicherung des häuslichen Gesindes wird beim Reichstag in einer Petition des Bundes deutscher Frauenvereine angeregt. Der Bund fordert den Reichstag auf, die Regierung um baldige Vorlegung eines solchen Gesetzes zu ersuchen. Denn die als Diensthilfen benutzten Personen bedürften, wie der Bund mit Recht hervorhebt, ebenso wie andere Arbeiter der Fürsorge gegen Unfälle durch Zwangsversicherung, damit sie gegebenenfalls nicht der Verarmung und dem Elend anheimfielen. — Der dem Bundesrath vorgelegene Gesetzentwurf über die privaten Versicherungs-Unternehmungen ist auf dem Prinzip der Staatsaufsicht über die Versicherungsanstalten und in Konsequenz hiervon auf dem des Konzeptionsystems aufgebaut. Der Entwurf will einer Reichsbehörde die Aufsicht über die größeren Versicherungsanstalten, d. h. über diejenigen übertragen, welche ihren Geschäftsbetrieb nicht bloß auf einen Bundesstaat beschränken. Der zentralen Reichsbehörde soll ein Versicherungsbeirath zur Seite gestellt werden, gebildet aus angesehenen, erfahrenen Vertretern und Kennern des Versicherungswesens. — Der evangelisch-soziale Kongress tagt in diesem Jahr am 7. und 8. Juni (Donnerstag und Freitag nach dem Pfingstfest) zu Karlsruhe. — Nach Berichten aus Deutsch-Ostafrika sind die seit einiger Zeit beschriebenen Unruhen im Kilimandscharo Bezirk ausgebrochen. Es ist zu einer bewaffneten Erhebung der Urukha-Lente gekommen. Der Bezirkschef, Hauptmann Johannes, hat sich mit seiner Kompanie in ihr am Meru-berge gelegenes Gebiet begeben, um die Unbotmäßigkeit zu unterdrücken und die Schuldigen zu bestrafen. Ueber das Ergebnis der Expedition dürften Meldungen erst in einigen Wochen zu erwarten sein. — Das Krautener „Eisenblatt“, „Glas Narodni“ meldet agrarische Ereignisse in Folge der Wahl des christlich-sozialen Agitators Kaplans Stojakowski. Die Bauern aus Kopalnia und Kurów im Bezirk Bohonia drangen gewaltsam in die Wälder ein und fällten widerrechtlich Bäume. Der Förster wurde schwer verwundet, es wurde ihm ein Arm und ein Bein gebrochen. Die Bauern behaupten, daß die Wälder ihr Eigentum seien. Der Gutsherrlicher Wetzner zeigte an, daß seine Orangerie vor den Bauern in Brand gesteckt sei. — Nachdem das Zeugverhör in dem Notarbartolo-Vordprozess am Mailänder Schwurgericht geschlossen und ein großer Theil der ausliegenden Masse Anhänger wegen Weins oder Zeugverweigerung eingestuft worden ist, ist die Sache dank dem schleppenden Justizgange einstweilen „ad acta gelegt.“ Inzwischen haben vor einigen Tagen zwei der in Haft genommenen sizilianer Namens Dolce und Messina dem Untersuchungsrichter die Namen der Mörder des Barons Notarbartolo verrathen. Einer davon soll der im Dezember festgenommene Giuseppe Fontana sein, während über der Persönlichkeit des anderen Mörders noch ein geheimnißvolles Dunkel schwebt. — Die Nachricht vom Tode Osman Paschas (siehe heutige Beilage, Red. d. B.) wird vom „Wolffschen Bureau“ als unrichtig bezeichnet. Osman Pascha sei krank, befinde sich jedoch seit einigen Tagen besser. — Eine Tochter des Sultans sollte nach Mittheilungen verschiedener Blätter ins Ausland geflohen sein. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ erfährt offiziell von zuverlässiger Seite: Der Sultan besitzt überhaupt keine erwachsene Tochter, welche für das genannte Abenteuer in Betracht kommen könnte. — Die argentinische Regierung hat Truppen nach der Provinz Entre Rios geschickt. Bei der revolutionären Bewegung, die dort ausgebrochen ist, handelt es sich nach der „Times“ einfach um einen Streich einiger politischer Streber, welche die Fäden der Regierung an sich zu reißen suchen, um ihre pecuniären Interessen zu befriedigen.

Dänemark.

Die politische Lage hat sich sehr zugeespigt. Nachdem das Folkething die Branntweinsteuer abgelehnt, erklärt das Landsting, die drei anderen Steuervorlagen nicht behandeln zu wollen, während das Folkething durch Verwerfung aller Reformen mit vollständiger Obstruktion droht, um den Rücktritt des Ministeriums zu erzwingen.

Transvaal.

Vom Kriegsschauplatz. Die neuesten Nachrichten vom Kriegsschauplatz zeigen, daß die Engländer von Tag zu Tag ihre Herrschaft im Orange-Freistaat befestigen. Aus Blumfontein wird berichtet: Eine Kavalleriepatrouille ist nördlich bis zum Modder-River vorgedrungen und fand nirgends Anzeichen von der Anwesenheit feindlicher Truppen. Die Brücke, die über den Modder-Fluß führt, ist unbeschädigt geblieben. Im Süden sind die Truppen des Generals Elements eine beträchtliche Strecke in's Gebiet des Freistaats hinein vorgezogen. Trotz sorgfältigen Abpatrouillirens hat man keine Spur von den feindlichen Truppen entdeckt, die sich von der Front der britischen Truppen zurückgezogen zu haben scheinen. — Der Bahverkehr zwischen Blumfontein und Karvals Pont ist eröffnet; am Freitag ist ein Zug mit General Polcarew und einiger Bedienung in Beizpl eingetroffen. Dreihundert Buren aus dem südlichen Orange-Freistaat sollen auf ihre Farmen zurückgekehrt sein. Das Kommando, das bisher in der Nähe von Karvals Pont operirte, weiß nicht, was es weiter thun soll. (Die Engländer langweilen sich also! Das ist etwas ganz neues. Vielleicht vertreten ihnen die Buren bald die Langeweile. Red. des B. B.) Im nordöstlichen Theile der Kapkolonie scheinen sich noch immer einige verstreute Abtheilungen der Buren zu befinden, aber es ist von ihnen gewiß keine irgendwie bedeutende Aktion mehr zu erwarten. Aus Burgersdorp wird vom Freitag gemeldet: Die Buren unter dem Kommando Diviers räumten während der Nacht ihre Stellung. Mehrere Buren ergaben sich heute Morgen. Das Mitglied der gesetzgebenden Versammlung der Kapkolonie, Dewet, sowie dessen Bruder wurden verhaftet.

Vord Roberts hat eine Dankproklamation an seine Truppen erlassen, in der er nach einem Rückblick auf die Ereignisse seit dem 12. Februar, dem Tage, an welchem die britischen Truppen die Grenze des Freistaats überschritten, und nach einer Erwähnung der Gefangenahme eines größeren Theils des Burenheeres unter dem Befehle eines ihrer geschätzten Generale, die Truppen zu den von ihnen vollbrachten Thaten beglückwünscht, welche eine Leistung seien, auf die jedes Heer stolz sein könne. Feldmarschall Roberts spricht sich ferner lobend aus über die Ausdauer und die Tapferkeit der Mannschaften und über den Heroismus, mit dem die Verwundeten ihre Leiden tragen.

Aus Blumfontein meldet das „Nenter'sche Bureau“ noch: In Erwiderung auf die Proklamation des Feldmarschalls Roberts haben sich bisher 400 Freistaatsburen ergeben. Der Gouverneur Pretzman erließ eine Proklamation, in welcher er die Farmer auffordert, ihre Produkte auf den Markt zu bringen, um sie der Heeresverwaltung anzubieten; außerdem habe er Vorzüge getroffen, daß der bürgerliche Markt nach wie vor abgehalten werde. Die große Mehrtheit der Freistaatsburen kehrt angeblich in ihre Wohnungen zurück.

Der Aufstand im Südwesten des Oranjes flusses trägt alle Merkmale des Guerillakrieges. Die Holländer besetzen plötzlich eine Ortschaft und requiriren die vorhandenen Pferde und Zugthiere, um beim Nähen einer größeren Truppenabtheilung zu verschwinden, und sobald diese abgezogen, wieder zu erscheinen. Das gilt selbst von den Hauptstädten der einzelnen Distrikte. So haben sie Prieska am Oranjesflusse bereits viermal besetzt und geräumt, bis sich der Kommandirende, General Settle, dortselbst einquartierte und sein Hauptquartier aufschlug. Vosborong wurde von ihnen ebenso besetzt, geräumt und wieder genommen, nachdem sie die dort hingelandeten australischen Freiwilligen vertrieben hatten. Aber es scheint nicht, als wenn dieser Aufstand von direktem größtem Einflusse auf die Gesamtoperationen des Krieges werden könnte, zumal die Aufständischen in ganz kleinen Trupps operiren und mangelhaft organisiert sind.

Der Orange-Freistaat ist vom Präsidenten Krüger nach einer „Nenter“-Meldung aus Bethulle am Dienstag als zur Südafrikanischen Republik gehörig erklärt worden. Hierdurch versucht Krüger die Bewohner des Freistaates bei den Japanen zu halten. Durch diese im gegenwärtigen Augenblick befremdlich anmutende Erklärung soll den Freistaat die Möglichkeit gegeben werden, den Kampf gegen England fortzusetzen, ohne unangenehme Folgen befürchten zu müssen.

Ein über Lorenzo Marques beim „Nenter'schen Bureau“ eingelaufenes Telegramm vom 12. d. M. besagt: Die Eisenbahn und der Telegraph bis Pitjani, 25 Meilen nördlich von Mafeking sind wieder offen. Die Buren räumten das Lager bei Seguan und zogen sich nach Mustenburg zurück. Es verlautet ferner, Roberts habe das zweite Bataillon des Hampshireregiments von Kimberley zum Entzug von Mafeking entlassen, das am 10. März noch Stand hielt. Der Entzug Mafekings dürfte also unmittelbar bevorstehen.

In Natal stehen noch immer Burenabtheilungen, sie sind also noch nicht ganz abgezogen. Nach einem Telegramm aus Ladysmith wurden die Buren in beträchtlicher Stärke an dem Baureens-, dem Tintia- und dem Debeers-Paß gesehen. In einem Gesichts am Debeers-Paß hatten die Engländer zwei Verwundete. Die Buren zogen sich zurück. Die Eisenbahn nach Harrismith durch den Baureens-Paß wird rasch wiederhergestellt.

Die Londoner radikalen Blätter drücken die Hoffnung aus, daß Vord Roberts und verschiedene andere höhere Offiziere wegen ihrer Jährlässigkeit im Laufe des Krieges vor ein Kriegsgericht gestellt werden.

Der „Standard“ meldet aus Lillabon vom 16. März: Eine portugiesische Truppenabtheilung von 70 Offizieren und 712 Mann geht am 20. März von Lillabon nach Lourenzo Marques.

Deutschland und die Vermittlungsfrage. Das deutsche Auswärtige Amt hat, wie ein Telegramm aus Pretoria meldet, auf das von den Regierungen der südafrikanischen Republiken ausgelegene Ersuchen um freundschaftliche Vermittlung zur Herstellung des Friedens die folgende Antwort gegeben:

„Die Regierung Sr. Majestät des deutschen Kaisers wird gern bereit sein, bei freundschaftlicher Vermittlung mitzuwirken, sobald die Grundbedingungen einer solchen vorhanden sind, d. h. sobald festgestellt ist, daß beide Gegner dieselbe wünschen. Darüber, ob auf englischer Seite dieser Wunsch gegenwärtig vorhanden ist, werden die beiden südafrikanischen Regierungen sich entweder direkt in London oder durch die guten Dienste einer dritten Regierung Auskunft verschaffen können, welche keine eigenen, wichtigen Interessen in Südafrika wahrzunehmen hat. Letztere Voraussetzung trifft bei einer Anzahl von Staaten in Europa und außerhalb Europas zu, jedoch nicht bei Deutschland. Jeder derartige Schritt der deutschen Regierung würde daher den Verdacht erwecken, daß wir andere als humanitäre Zwecke verfolgen, und das dadurch vermehrte Mißtrauen würde der Sache des Friedens nicht förderlich sein. Dem Wunsche der südafrikanischen Regierungen, ihre Bitte um Vermittlung auch an die österreichisch-ungarische und die schweizerische Regierung, deren Interessen durch das deutsche Konsulat in Pretoria wahrgenommen werden, gelangen zu lassen, ist selbstredend sofort entsprochen worden.“

Sachlich wird sich diese Erklärung nicht einwenden lassen. Der Wortlaut dürfte jedoch nicht korrekt wiedergegeben sein, sondern durch mehrfache Uebersetzungen einige Verunstaltungen erlitten haben. So kann die Eingangsphrase „Die Regierung Sr. Majestät des deutschen Kaisers“ schwerlich dem Originaltexte entsprechen; denn eine solche Regierung giebt es nicht, wie jeder auch nur oberflächlich mit dem Staatsrechte Vertraute weiß.

Die englischen Verluste. Die letzte amtliche Verfülliste, die das englische Kriegsamt am Mittwoch Abend veröffentlicht hat, giebt eine um mehr als 2000 höhere Ziffer an, als die Liste vom Anfang der Woche. Sie bezeichnet:

Offiziere todt, im Kampfe gefallen	194
do. verwundet	601
do. gefangen	160
Mannschaften todt	1847
do. verwundet	8755
do. gefangen	3372
Krankeiten erlegene Offiziere und Leute	965

Ca. 15 874

Lübeck und Nachbargebiete.

Montag, den 19. März.

Achtung, Holzarbeiter! Zug nach Bremen, insbesondere auch von Maschinenarbeitern, ist streng fernzuhalten.

Zu Ehren der Märzkämpfer! Eine Volksversammlung, welche sich eines ungewöhnlich starken Besuches zu erfreuen hatte, fand am Sonntag Nachmittag im „Zirkus Nenterkrug“ statt. Es zeigte sich, daß das Gedächtniß der Freiheitskämpfer früherer Zeiten im Volke noch immer aufrichtig hochgehalten, besonders wenn die finsternen Reaktionsmächte, wie es heute wieder der Fall ist, sich rüsten zu schamlosen Attentaten auf die Rechte der

werkthätigen Menschheit, auf das freie Wort und die freie Kunst. Dann kommt zu begeistertem Ausdruck der Gedanke, dem gestern in meisterhafter Rede Reichstagsabgeordneter Genosse Rosenow Form verlieh: Ist auch unsere Taktik heute eine andere geworden, die Prinzipien, welche die opfermüthigen Kämpfer verfolgten, halten auch wir hoch, wir allein! Letztere Thatsache konstatarie der Redner mit zwingender Beweisführung. Wir müssen es uns leider versagen, den Vortrag Rosenow's, der in geschickter Disposition wie in knapper, übersichtlicher Gruppierung des reichhaltigen historischen Materials muster-gütig war, ausführlicher wiederzugeben. Das an aufregenden Ereignissen so überreiche politische und wirtschaftliche Kampfesleben der letzten Zeit legt uns unliebsame Beschränkungen auf. Die zahllosen Zuhörer aber werden uns beipflichten, wenn wir den Gesamteindruck in den Satz zusammenfassen: Der historische Entwicklungsgang, welcher von den vormärzlichen und Märztagen zu den Tagen der 72 Feinde und der parlamentarischen Obstruktion gegen vermurdetes Pfaffen- und junkerliches Banauenthum führt, und die große Aufgabe, welche in ihm dem klassenbewußtem Proletariat als letztem und festestem Horte aller Volkssfreiheiten erwächst, wurden mit befehlender und nachhaltig wirkender Deutlichkeit unserem Verständnisse nahegerückt. Die Stimmung, welche in der Versammlung herrschte, bewies uns, daß die arbeitende Bevölkerung mit wachen Sinnen und geschärfstem Urtheil die Vorgänge verfolgt, die sich auf der politischen Bühne abspielen. Die Saat, welche die Märzkämpfer und ihre proletarischen Testamentsvollstrecker austreuten, ist in guten Boden gefallen. Das sollten die Finsterlinge wohl beachten, die heute Organe der Rückwärtserei feiern. Denn wahr heißt das herrliche Wort Henry Macdags, mit dem Redner unter enthusiastischem, langanhaltendem Beifall seine Ausführungen schloß, daß es ihnen nicht gelingen wird, den freien Geist, das freie Wort zu knebeln.

Zum Malerstreik. Die Zahl der Ausständigen hat sich um 5 vermehrt. Ein Ausständiger ist selbstständig geworden. Es sind somit 107 Streikende (45 verheirathete, 62 ledige) vorhanden. Der Streik steht günstiger als zu Anfang. Der Geniestreich der Meister, den Ausständigen für einen politischen zu erklären, hat die Gesellen zu um so festerem Zusammenschluß getrieben; der Zweck des Insuperates, Zwietracht zu schaffen, ist in das Gegenteil umgeschlagen. Die Maler der Werft, welche der Vereinigung bisher fernstanden, hatten ebenfalls eine Forderung eingereicht und Entscheidung bis zum Sonnabend, den 17. d. M., verlangt. Die angebotenen Verhandlungen führten zu einer Einigung. Die Werftmaler erhalten in Zukunft statt 39 Pf. 42 Pf. Stundenlohn, gewiß ein hübscher Erfolg, wenn man bedenkt, daß die Arbeitsverhältnisse auf der Werft weit stabilere sind, als bei den Innungsmeistern, wo Arbeitsunterbrechungen von 6—8 Wochen pro Mann üblich sind. Das kommt auf der Werft sehr wenig vor. Das weitere Ergebnis war, wie gesagt, der Anschluß der Fernstehenden an den Verband. Innerhalb 3 Tagen wurden 26 neue Mitglieder aufgenommen. Die feste Behauptung, daß die Arbeiter durchaus nicht drängten, der Streik jeze die Meister überhaupt nicht in Verlegenheit, wird durch die einfache Thatsache widerlegt, daß am Sonntag, den 18. März, fast sämtliche Kleinmeister und Lehrlinge auch während der Kirchzeit auf den größeren Arbeitsplätzen als willige Arbeiter im Schweiße ihres Angesichts thätig waren. — Daß man auch in bürgerlichen Kreisen ganz gut weiß, wie das Laten geschoren ist, erfährt man aus den „Vaterstädtischen Blättern“, wo dringend zur Einigung gerathen wird. Die gute Konjunktur läßt eben längere Störungen im Betriebe nicht gut zu. — Auch im Tapeziererstreik sind wesentliche Ueänderungen nicht eingetreten. Durch Hinzukommen der Gehülfen einer weiteren Firma hat sich die Zahl der Ausständigen auf 35 erhöht. Ein Geschäft, das einen Gehülfen beschäftigt, hat die Forderungen bewilligt. — Arbeitswillige waren außerhalb bisher in beiden Branchen nicht zu verzeichnen.

Die „Eisenb.-Ztg.“ bezweifelt, daß uns der Ausbruch des Tapeziererstreiks nicht sofort bekannt gewesen. Was Herr Heise glaubt oder nicht glaubt, ist uns höchst gleichgültig. Ueber Aufrichtigkeit rechtet man mit ihm nicht. Da jedoch von anderer Seite wir deswegen interpellirt werden, sei mitgetheilt, daß infolge eines einschuldigen Verschens wir über den Ausbruch des Streiks nicht rechtzeitig unterrichtet wurden. — Wenn genanntes Blatt dann weiter die Streiks als Werke einzelner Personen hinstellt, dann beweist es, daß es noch immer nicht den himmelweiten Unterschied zwischen Kriegervereinen und Arbeitervereinen, zwischen selbständig denkenden Männern und auf Kommando sich drehenden Marionetten begriffen hat.

Bermüht wird seit Dienstag Abend der Tischlergeselle Christian Hüsmert. Etwaige Angaben über seinen Verbleib bitten die Angehörigen an die Adresse Fischergrube 84 zu richten.

Arbeiterisiko. Vom Neubau des Vereinshauses, Johannisstraße 50, stürzte heute Morgen 7 1/2 Uhr der Dachbeder D u e aus bisher unbekanntem Ursachen vom Dach. Er erlitt einen Schenkelbruch und lagt über Schmerzen. Der Verletzte, welcher in der Schützenstraße wohnt, wurde in das Krankenhaus geschafft.

Ein schrecklicher Unfall ereignete sich heute Morgen gegen 10 1/4 Uhr in der Sägerei von Havemann u. Sohn. Es riß die Riemenseibe an der Betriebsmaschine und traf den Maschinenmeister G e h l e r t so wuchtig, daß er auf der Stelle eine Leiche war. Die

Stücke der Scheibe flogen sodann noch durch das Fenster und verletzten nicht unerheblich den Arbeiter Busch, welcher nach Hause getragen und in ärztliche Behandlung genommen wurde.

Der Seemannsverband zählte am Schlusse des Jahres 1899 5280 Mitglieder gegen 2840 im Vorjahre. Im Anschluß an diese Mitteilung erläßt der Verbandsvorstand folgende Aufforderung, welche wir besonders die am Hafen thätigen Arbeiter zu berücksichtigen bitten:

Wenn diese Zeilen zur Kenntnismahme unserer Mitkämpfer innerhalb der Organisation gelangen, ist die erste Hälfte des Monats März bereits überschritten, und wir nähern uns dem Tage des Frühlingsanfangs immer mehr und mehr. Um diese Zeit pflegt aber auch im Schiffsbetriebe sich ein regeres Leben bemerkbar zu machen. Die Kleinschiffahrt — speziell in der Ostsee — wird eröffnet und eine ganze Reihe Schiffe, die die Wintermonate hindurch im Mittelmeer oder sonstigen Gewässern stationirt waren, kehren in die heimischen Gewässer zurück, um an der Nord- und Ostsee theilzunehmen. Die Schiffswerften haben Auftrag, zu dieser Zeit Schiffe, die sich im Bau oder in Reparatur befinden, fertig zu stellen. Wie gesagt, es beginnt ein regeres Leben.

Aber auch für uns, speziell für die Kollegen, die agitatorisch in der Seemannsbewegung thätig sind, darf diese Zeit der Neubelebung in der Schiffahrt nicht still und öde vorüberziehen. Mit erneuter Kraft und frischem Muth müssen wir jetzt in allen Orten auf dem Kampfbahnen erscheinen, um durch Wort und Schrift den Versuch zu machen, den Unverstand und die Interessenlosigkeit aus den Reihen unserer noch im Dunkeln herumtafelnden Kollegen zu verdrängen.

Durch das Wort, indem wir die Kollegen zu öffentlichen Versammlungen einladen, und ihnen mit dem, was der Seemannsverband in Deutschland erstrebt, betraut machen, um sie so für unsere große Sache zu gewinnen.

Durch das geschriebene Wort, indem wir unsere Flugschriften und vor allen Dingen unser Fachorgan „Der Seemann“ den Kollegen, wo immer wir sie antreffen, zuheften, um sie so in die Lage zu versetzen, während der Reise sich in ihren Ruhestunden über die Bewegung der deutschen Seeleute orientiren zu können.

Die Agitation von Mund zu Mund, d. h. die fortwährende Unterhaltung in den Kreisen der Kollegen über die mißliche Lage der Seeleute und die große Nothwendigkeit der seemannischen Organisation muß von den Kollegen mit aller Energie und zäher Ausdauer mehr denn zuvor betrieben werden.

Die Lokalverwaltung der einzelnen Mitgliedschaften werden deshalb dringend ersucht, soviel wie möglich Versammlungen abzuhalten. Die Kollegen fordern wir auf, sich reger an der Kolportage des „Seemanns“ zu betheiligen. Vorwärts aus Berti! Bewegung ist Leben; Stillstand ist Tod!

Als Geschworene für die nächste Schwurgerichtsperiode sind angelost: Bankdirektor Zimmermann, Erbpächter Dewarber (Groß-Steinrade), Telegraphendirektor Dübel, Tabakfabrikant Floto, Mäuchereibesitzer Bode (Schlutup), Schiffsbau-Ingenieur Ellch, Kaufmann Paul Wachsmuth, Hufner Vob (Klein-Parin), Kaufmann Heinrich Christian Theodor Erasmi, Kaufmann Haffelbring, Domänenpächter Schütt (Niemark), Kaufmann Konrad Heinrich Warneke, Kaufmann Johannes Beuthien, Buchhändler Schmerzahl, Hufner Jakobson (Sibbersdorf), Oberlehrer Heberle, Privatier v. Bernstorff, Kaufmann Friedrich Gustav Lau, Landmann Babbe (Schwochel), Kaufmann Strack, Hufner Klüber (Gleschendorf), Kaufmann Drevesen (Travemünde), Hufner Bielefeld (Neudorf), Professor Jorns, Kaufmann Karl Dencher (Eutin), Handelschemiker Dr. Wezle, Russikalienhändler v. Festsberg-Batisch, Kaufmann Alexis Haske, Kaufmann Gottfried Labe, Kaufmann Friedrich Wilhelm Ewers.

Stadttheater. Aus dem Theaterbureau schreibt man uns: Die heutige Benefiz-Vorstellung für Herrn Lessler kann abermals nicht stattfinden und zwar wegen Erkrankung des Fräulein Newman; infolgedessen wird Vorjungs' „Waffen Schmied“ gegeben. Dienstag Abend tritt der wiedererwachte Dumas wieder auf und zwar als Kirchhofer im „Trompeter von Säckingen“.

Für eingelieferte tote Ratten wird das Polizeiamt auch bis auf Weiteres noch 5 Pf. pro Stück zahlen.

Für verschollen erklärt werden soll der im Jahre 1847 hier geborene Seemann J. F. H. Timmen, richtiger Timm, welcher 1866 von hier aus zur See ging und seit 1868 nichts mehr von sich hören ließ.

Eine Versammlung der Bürgerschaft findet am Montag, den 26. d. Mts., Vormittags 10 Uhr, statt.

Vom Landgebiete. In Teutendorf wurde Hufner O. W. Klobke zum Gemeindevorstandsmitgliede wiedergewählt.

Hamburg. Verschollen ist mit 14 Mann Besatzung der vor 7 Wochen von Shields nach Valencia abgefahrte hiesige Dampfer „Nortköping.“ — Ein junger Kadefahrer fiel am Sonnabend auf dem alten Steinweg unter die elektrische Straßenbahn und wurde buchstäblich geköpft.

Gadebusch. Prozeß. Das hiesige Schöffengericht verurtheilte unter Anwendung des ambulanten Gerichtsstandes den Genossen Groth von der „Werk-

Volkszeitung“ wegen angeblicher Beleidigung des Graf Bassewig-Behr auf Bülow zu 100 Mark Geldstrafe.

Güstrow. Essen in zweiter Auflage. Der Händler und Stadtverordnete Holst aus Wismar, den am 6. Dezbr. v. Js. vor der Strafkammer in Schwerin in der Strafsache gegen Genossen Steinbrügger wegen Beleidigung des Wismarschen Polizeidiener Schütt der Staatsanwalt wegen Verdachts des Meineides für verhaftet erklärte, wurde vom Schwurgericht des wissentlichen Meineides schuldig befunden und zu drei Jahren Zuchthaus verurtheilt.

Briefkasten.

Anfragen, bei welchen Name und Adresse des Fragenden stehen, werden nicht beantwortet.

Zwei Streitende. Ein Reichsgesetz, das einen derartigen Paragraphen enthält, giebt es nicht. Ob das Statut irgend einer Zwangsgemeinde in dieser Hinsicht etwas enthält, entzieht sich unserer Kenntnis, wir glauben es jedoch nicht, weil es sonst ungeschicklich wäre.

Hamburger Marktbericht.

Hamburg, 16. März

Butter.	
I. Qualität	Mk 95—101
II. Qualität	92—94
Ferner:	
Abfallende und ältere Waare	90—92
Schleswig-Holsteinische Bauernbutter	75—80
Galtische und ähnliche	80—85
Inländische Sommer-	—
Finnische Waare	—

Steinshanz-Viehmarkt.

Hamburg, 17. März.
Der Schweinehandel verlief sehr langsam. Zugeliefert wurden 1400 Stück. Preise: Versandtschweine, schwere 45—46 Mk., leichte 44—45 Mk., Saugen 38—42 Mk. und Fer 40—44 Mk. pr. 100 Pfd.

Verlobt.
Johanna Boldt
Wilhelm Baumann.
Lübeck, den 18. März 1900.

Die Verlobung unserer Tochter Auguste mit Herrn Heinrich Quilitz ist hiermit aufgehoben.

Frau Bahr.
Für die vielen Kranzspenden beim Ableben unseres süßen Paul sagen hiermit allen Bekannten unsern verbindlichsten Dank.

Heinr. Schnoor und Frau.
Unserm Freund Heinrich Prüssmann zu seinem Geburtstag ein donnerndes Hoch.
Mehrere Freunde.

Ein freundl. Logis Hartengrube 30.

Ein Logis zu vermieten an einen jungen Mann oder Mädchen
Lindenstraße 17 a, 1. Et. rechts.

Ein Logis zu vermieten
Rücherggrube 16, 2. Et.

Logis für einen jungen Mann
Al. Schranzen 14.

Zum 1. April eine Wohnung zu verm.
Anpände halber.
H. Gertz, Flavenbüch.

Lehrling gesucht.
Photograph Heber, Klingenberg 8/9.

10 Mark Belohnung! Wer einem jungen Mann irgendw. dauernde Beschäftigung verschafft.
Gute Zeugn. Off. u. C D S an die Exp. d. Bl.

Gesucht eine saubere Wajchfrau.
Näheres in der Exped. d. Bl.

Zu verkaufen ein Ekwagen
Emilienstraße 7 a.

Frau Lotzow, Sebanne.
Meierstraße 43.

Eine Parthie elegante Herrenhosen zu enorm billigen Preisen.
Mariesgrube 38.

Jr. Kopf u. Bein
Pfd. 20 Pfg.
Adolph Schmidt
Moislinger Allee 6 b.

Pa. junges Fleisch
empfehlst
Herm. Dose.

Gesucht ein tüchtiger Dreher.
Blechballagen- und Maschinenfabrik von
Wilh. Sparkuhl & Co.

Achtung! **Achtung!**
Die Inhaber von Schuhwaaren-Reparaturwerkstätten werden gebeten, um allgemein zu machen,
den 8-Studenten einzuführen.
Amerikanische Schnellbesohlanstalt
34 Fischergrube 34.

Gratulations-Karten zur Confirmation
in reichster Auswahl und feiner Ausführung sehr billig.
Glückwunsch-Karten
zum Geburtstag, Verlobung, Hochzeit und Silberne Hochzeit
empfehlst die
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 50.

Als äusserst wichtig
für Juristen, Unternehmer, Vorstände von Krankenkassen, sowie für jeden Arbeiter ist im Verlage von St. Geibel in Altenburg erschienen:

Invalidenversicherungsgesetz
vom 13. Juli 1899
mit sehr verständlichen Erläuterungen von Director H. Gebhard-Lübeck und Regierungsrath A. Düttmann in Oldenburg.
Das Werk erscheint in ca. 12—14 Lieferungen à 1,20 Mk., Gesamtpreis Mk. 15 und ist in Lübeck zu beziehen durch die
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 50.

Mähmaschinen
50 Mk.
Rangeln Mk. 22,50
Kinderwagen Mk. 16.
St. Burgstr. 42.

Geräucherte Schweinsköpfe
à Pfd. 40 Pfg.
Adolph Schmidt
Moislinger Allee 6 b.

Fahrrad-Reparatur-Werkstatt.
Ersatz- und Zubehörtheile.
Machletz- u. Rothmann-Fahrräder.
A. G. Deutschmann
Wahmstraße 71.

Ihren reinigen 1,50, Federn einsetzen 1,50, 1 Jahr Garantie. Uhrgläser 1. Qual. 0,30.
Aug. Büttner,
Uhrmacher,
Süßstraße 32.

Allen Freunden und Bekannten zur gefälligen Nachricht, daß ich am Mittwoch den 21. d. Mts. meine **Wirtschaft** wieder eröffnen werde, mit der Bitte, mir das seit 19 Jahren erwiesene Wohlwollen auch in meinem neuen Hause gütigst zu erhalten.
Hochachtungsvoll

Fritz Hundt, Holstenstr. 37.

Verein für Gesundheitspflege und Naturheilkunde.
Monats-Versammlung
am Mittwoch den 21. März 1900
Abends 8 1/2 Uhr
im Bürgerverein, Königstraße.
Tagesordnung:
1. Bericht des zweiten Vorsitzenden über die Gruppenveriamml. in Neumünster.
2. Verschiedenes.

Verband der Fabrik-, Land-, Hülfswarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands
(Zahlstelle Lübeck)

Versammlung
am Dienstag den 20. März 1900
Abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50.
Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder
2. Mitfeier.
3. Fragekasten.
4. Verschiedenes.
NB. Der wichtigen Tagesordnung halber muß jedes Mitglied in der Versammlung erscheinen.
Die Ortsverwaltung.

Stadt-Theater.
Dienstag. Ermäßigte Opernpreise.
Der Trompeter von Säckingen.
Werner Kirchhofer — Herr Dumas (1. Austr.)
Der heutigen Nummer unserer Zeitung liegt eine Preisliste und Bestellkarte vom Tuch-Verandhaus Conrad & Kamberg in Cottbus bei.

Unfallversicherungs-Kommission.

(Eigener Bericht des „Lüb. Volksb.“)

In der Sitzung am Donnerstag hatte die Kommission sich mit einigen besonderen Wünschen der Agrarier zu beschäftigen. So hatte der ultramontane Abgeordnete Freiherr von Thünefeld beantragt, daß eine Rente nicht gewährt werden soll, wenn die Einbuße an Erwerbsfähigkeit „nicht mehr als 20 Prozent“ beträgt. Der Herr Freiherr versicherte, daß er seinen Antrag u. a. mit Rücksicht auf das Gerechtigkeitsgefühl der — Arbeiter eingebracht habe. Dasselbe empfand sich dagegen, daß ein verunglückter Arbeiter, der „nur“ um 20 Prozent erwerbsunfähig sei, vielleicht trotzdem ebensoviel verdiene, wie seine Kollegen, eine Rente erhalte. Dieser Vorschlag fand selbst bei dem Geheimen Regierungsrath Caspar keinen Beifall. Der Herr warnte die Kommission eindringlich davor, den Arbeitern zuzumuthen, daß sie eine Erwerbsunfähigkeit bis zu 20 Prozent bei verunglückten Landarbeitern als keine Erwerbsunfähigkeit gelten lassen wollten, das gehe doch „zu weit.“ Der Antrag wurde denn auch schließlich mit Majorität abgelehnt.

Der nationalliberale Abg. Hoffmann (Villenburg) schlug nun vor, daß man die von Herrn Freiherrn v. Thünefeld empfohlene Maßregel nicht gegen die Arbeiter, wohl aber gegen die Bauern zur Anwendung bringen möge. Den Arbeitern gegenüber könne man sich das zwar nicht erlauben, die Bauern jedoch würden damit ganz zufrieden sein. Er zog es aber vor, auf einen solchen Antrag zu verzichten.

Es lag daher nur noch ein zweiter ultramontaner Antrag vor: die Rente für eine durch einen Unfall herbeigeführte Erwerbsunfähigkeit von weniger als 10 Proz. zu verweigern. Dies sei bereits die Praxis des Reichsversicherungsamtes, deshalb erscheine es gut, es ausdrücklich im Gesetze auszusprechen. Die Sozialdemokraten erklärten sich gegen diesen Antrag, da sie die vom Reichsversicherungsamt bisher befolgte Praxis als durchaus unbillig verurtheilen mußten. Auch die Regierung wandte sich gegen den Antrag, der eine bedenkliche Verschlechterung sei. Denn das Reichsversicherungsamt lehne in jenen Fällen nur „in der Regel“ die Rente ab. In Ausnahmefällen, in denen besondere wirtschaftliche Momente maßgebend, habe auch das Reichsversicherungsamt die Zahlung einer Rente als notwendig anerkannt. Das wäre aber, wenn der Antrag angenommen wird, unmöglich gemacht. Der Antrag fand die Mehrheit nicht.

In Konsequenz einer beim Gewerbe-Unfallversicherungs-Gesetz beschlossenen Aenderung ist vorgeschlagen worden, die Rente auf 100 Prozent des Durchschnittsverdienstes zu erhöhen, wenn der Verunglückte nicht nur völlig erwerbsunfähig, sondern auch hilflos geworden ist, daß er fremder Hilfe und Wartung bedarf. Der konservative Abgeordnete Gamp will die erhöhte Rente nur dann zulassen, wenn der Verunglückte „in seiner Familie Wartung und Pflege nicht erhalten kann, sondern für diese Wartung und Pflege fremde Personen anzunehmen und zu bezahlen genöthigt ist.“ Dies war dem Staatssekretär des Innern, Grafen v. Posadowsky, denn doch etwas zu stark. Er erklärte dem konservativen Herrn, daß ein solcher Antrag aus der Gesinnung entsprungen sei, die man in manchen Gegenden auf dem Lande gefunden habe, die den Kranken auf dem Strohsack zu Grunde gehen lassen, den Wahnsinnigen versorgte, indem man ihn in Ketten legte. Für diesen Antrag zu stimmen, schämten sich sogar einige Konservative. Er wurde deshalb mit großer Mehrheit verworfen.

Durch Statut soll jeder verunglückte ländliche Arbeiter bezw. dessen Wittve mit dem sogenannten Säuer gleich gestellt werden. Dadurch, daß ihnen die Rente ganz oder zum Theil in Naturalien ausgezahlt werden darf. Die Sozialdemokraten verlangten in erster Linie die Streichung

dieser ungeheuerlichen Ungerechtigkeit und, nachdem dies abgelehnt war, daß wenigstens die Zustimmung der Rentenberechtigten zu der Auszahlung in Naturalien notwendig sei. Aber auch diese Forderung wurde verworfen. Gegen sie stimmten nicht nur alle Agrarier, sondern auch die Freisinnigen!

Am Freitag wurde die ganze Sitzung in Anspruch genommen durch die Debatte darüber, wie die Landwirthe die durch die Unfallversicherung verursachten Kosten am besten aufbringen können. Nach dem bestehenden Gesetz soll dies in erster Linie geschehen durch Zuschläge zu den direkten Staats- und Kommunalsteuern. Sofern dies nicht der Fall ist, erfolgt die Umlage der Beiträge nach der Höhe der mit dem Betrieb verbundenen Unfallgefahren und dem Maße der in den Betrieben durchschnittlich erforderlichen menschlichen Arbeit. In sehr vielen Fällen wurden die Kosten durch Zuschläge zur Grundsteuer aufgebracht. In Preußen hat dies System zu überaus schweren Ungerechtigkeiten geführt, da die Veranlagung nach der Grundsteuer auf Grund einer ganz veralteten und meistens höchst ungerechten Abschätzung erfolgt. Es ist daher aus den ländlichen Kreisen dringend der Wunsch nach einer Aenderung dieser Verhältnisse laut geworden. Wie die Debatte ergab, herrschen überhaupt in Preußen bezüglich dieser Verhältnisse recht charakteristische Zustände. Der Abg. Roefide-Deffau theilte mit, daß in dem Kreise Rauch-Belzig die Kosten für die ländliche Unfallversicherung, die sich gegenwärtig auf ca. 36 000 Mk. pro Jahr belaufen, einfach durch die allgemeinen Kreisabgaben gedeckt werden. Infolge dieses Systems werden von diesen Lasten auch alle diejenigen Kreisinsassen betroffen, die gar nicht Landwirthschaft betreiben. So alle Handwerker und gewerblichen Arbeiter mit einem Einkommen über 420 Mark pro Jahr. Diese Art der Verbringung der nöthigen Mittel für die landwirtschaftliche Unfallversicherung sei nicht nur ungerecht, sondern auch ungesegnet. Der Staatssekretär gab dies zu und versprach, sofort für Abhilfe zu sorgen. In Württemberg dagegen, wo durch ein allgemeines Landesgesetz die Aufbringung der nöthigen Mittel durch einen Zuschlag zur Grundsteuer vorgeschrieben ist, hat sich dieses System durchaus bewährt, so daß die Interessenten nicht daran denken, einen anderen Weg einzuschlagen. Ebenso sollen die Verhältnisse in Bayern liegen. Dies kommt aber daher, weil dort die Steuer nach einer viel besseren Abschätzung erhoben werden kann.

In der Kommission war man sich darüber einig, daß die richtigste Art, die Gelder aufzubringen diejenige sei, die Rücksicht nimmt auf die Unfallgefahren und die Verwendung menschlicher Arbeit. Auch die Regierung erkannte dies an, eruchte aber die Kommission, davon Abstand zu nehmen, ein bestimmtes Verfahren für alle Bezirke vorzuschreiben. Die Verhältnisse seien überaus verschieden und deshalb müßte es den Beteiligten in den verschiedenen Berufsgenossenschaften freistehen, diejenige Art zu wählen, welche in dem besonderen Falle als die praktischste erscheine. Die seiner Zeit eingesetzte Subkommission hatte sich zwar über einen Antrag nicht verständigen können, jedoch war infolge einer Anregung der Regierung der Vorschlag gemacht worden, daß in erster Linie die Umlage erfolgen solle nach der Unfallgefahr und der zur Verwendung kommenden menschlichen Arbeit. Außerdem aber sollte es den Beteiligten freistehen, durch Genossenschaftstatut einen Zuschlag auf die Grundsteuer vorzuschreiben. Um aber eine Majorisirung zu vermeiden, ist zu dem Zuschlag zur Grundsteuer Zweidrittelmehrheit erforderlich.

Nächste Sitzung: Sonnabend.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Die Aussperrung in der Berliner Holzindustrie wird nun doch das Einigungsamt beschäftigen. Die vor dem Gewerbegericht

am Donnerstag fortgesetzte Besprechung über die Beilegung des Streiks hat dazu geführt, daß beide Parteien das Einigungsamt anriefen. Die Verhandlungen haben bereits Freitag ihren Anfang genommen. Die Leitung der Verhandlungen hat der Vorsitzende des Gewerbegerichts, Herr v. Schulz, übernommen. Von Seiten der Unternehmer sind Ingenieur Bernhard und Fabrikbesitzer Maas, von den Arbeitern Buchdrucker Massini und Tischler Koblenzer als Beisitzer bestimmt. Die Maler und Anstreicher in Köln fordern neunstündige Arbeitszeit und entsprechende Lohnhöhung. Falls die Forderungen abgelehnt werden sollten, soll in den Ausstand getreten werden. Als Mindestlohn wird 45 bis 50 Pfg. Stundenlohn beansprucht mit einem Zuschlag für Ueber- resp. Nachtstunden von 50 bis 100 Pct. — In Mainz haben die Arbeitgeber den Antrag der streikenden Maler, das Gewerbegericht als Vermittlungsamt anzurufen, scharf abgelehnt. — Die Maurer in Hildesheim und Melle sind in eine Lohnbewegung eingetreten. — In Raumburg a. d. Saale legten 60 Zimmerer wegen Lohndifferenzen die Arbeit nieder. — Der Schneiderausstand in Erfurt ist beendet, nachdem fast alle Firmen den Lohnantrag anerkannten. — Die Lohnbewegung der Schneider in Karlsruhe ist zu Gunsten der Gehülphen beendet. — In der Hamburg-Amerikanischen Uhrenfabrik zu Schramberg (Württemb. Schwarzwalb) sind in letzter Zeit in der Schreinerei Lohnreduktionen in Höhe von 25 bis 50 Pct. gemacht worden, weitere sind angekündigt. Es wurde deshalb über diese Firma die Sperre verhängt. — Im Rotterdamer Hafen ist nach der „Voss. Ztg.“ eine Ausstandsbewegung unter den Hafenarbeitern ausgebrochen, so daß der Dampfer „Freda“ trotz mehrtägigen Wartens in Rotterdam keine Ladung nicht löschen konnte. Der Dampfer ging nach Antwerpen, aber die dortigen Arbeiter erklärten einmüthig, daß sie gemeinsame Sache mit den Rotterdamer Genossen machen, und verweigerten die Ausladung. Schließlich fuhr der Dampfer nach Doel an der Schelde, wo seine Ladung durch Bauern unter der Aufsicht belgischer Gensdarmen in Leichterfahrzeuge umgeladen wurde. — In Interlaken (Schweiz) streiken die Schreiner, weil ihre Forderungen: Zehnstundentag, 4,30 Fr. Minimallohn, Lohnzuschläge von 25 bis 50 Pct. für Ueberzeit- und Sonntagsarbeit, Regelung der Akkordarbeit, Freigabe des 1. Mai etc., nicht bewilligt wurden.

Streikende Korfarbeiter in San Felin de Guipuz und Palamos (Spanien) sollen nach Telegrammen kapitalistischer Blätter in die Wohnungen der Arbeitgeber eingedrungen sein und diese und den Bürgermeister mißhandelt haben. Die Gensdarmen schritt ein, schoß und tödtete zwei Arbeiter und verwundete drei.

Die Nachwehen vom Bergarbeiterstreik in Mitteldeutschland sind da am schlimmsten, wo am wenigsten erreicht worden ist. Im Meuselwitzer Revier, wo seitens der Behörden am schärfsten gegen den Streik vorgegangen wurde, sind jetzt noch 30 Gemafregelte zu unterstützen. Halle weislich hatte 35 Gemafregelte zu verzeichnen, die aber bis auf 15 anderweitig untergebracht worden sind. Im Weissenfelder Revier sind nur 2 Bergleute gemafregelte worden, während im Revier Halle östlich, wo die Bergleute am tapfersten ausharrten, der Streik für alle einen guten Ausgang genommen hat. In Meuselwitz ist auch die Mitgliederzahl im Verbanne zurückgegangen, während in Halle östlich eine Zunahme zu verzeichnen ist. In Aschersleben ist die achtstündige Schicht bewilligt worden und in Keulberg, wo man so leidlich abschneidet, hat die Grubenverwaltung den Vertrauensmann, der zukünftig alle Beschwerden vorbringen soll, anerkannt. Im allgemeinen ist die Lage jetzt aber günstiger, als vor dem Streik.

Ueber die Einführung des Achtstundentages hat, nach der „Frankf. Ztg.“, die bekannte Firma Carl Zeiß in

Das Fräulein von Scuderi.

Erzählung aus dem Zeitalter Ludwigs XIV. Von E. L. A. Hoffmann.

(4. Fortsetzung.)

Ohne Unterschied, mag er nun ein reicher Bürgermann oder ein vornehmer Herr vom Hofe sein, wirft sich Cardillac ungestüm an seinen Hals, und drückt und küßt ihn und spricht, nun sei er wieder ganz glücklich und in acht Tagen werde die Arbeit fertig sein. Er rennt über Hals und Kopf nach Hause, hinein in die Werkstatt, hämmert darauf los, und in acht Tagen ist ein Meisterwerk zu Stande gebracht. Aber so wie der, der es bestellte, kommt, mit Freunden die geforderte geringe Summe bezahlen und den fertigen Schmuck mitnehmen will, wird Cardillac verdrießlich, grob, trozig. — Aber Meister Cardillac, bedenk, morgen ist meine Hochzeit. Was schert mich eure Hochzeit, fragt in vierzehn Tagen wieder nach. — Der Schmuck ist fertig, hier liegt das Geld, ich muß ihn haben — und ich sage Euch, daß ich noch manches an dem Schmuck ändern muß, und ich ihn heute nicht herausgeben werde. — Und ich sage Euch, daß wenn ihr mir den Schmuck, den ich Euch allenfalls doppelt bezahlen will, nicht herausgibt im Guten, Ihr mich gleich mit Argensons dienstharen Trabanten anrücken sehen sollt. Nun so quäle Euch der Satan mit hundert glühenden Kneifzangen, und hänge drei Pentner an den Halsschmuck, damit er eure Braut erdrohelt! — Und damit steckt Cardillac dem Bräutigam den Schmuck in die Brusttasche, ergreift ihn beim Arm, wirft ihn zur Stubentür hinaus, daß er die ganze Treppe hinabpölkert, und lacht wie der Teufel zum Fenster hinaus, wenn er sieht, wie der arme junge Mensch, das Schnupstuch vor der blutigen Nase, aus dem Hause hinaus hinkt. — Gar nicht zu erklären war es auch, daß Cardillac oft, wenn er mit Enthusiasmus eine Arbeit übernahm, plötzlich den Besteller mit allen Zeichen des im Innersten aufge-

regten Gemüths, mit den erschütterndsten Beteuerungen, ja unter Schluß und Thränen, bei der Jungfrau und allen Heiligen beschwor, ihm das unternommene Werk zu erlassen. Manche der von dem Könige, von dem Volke hochgeachteten Personen hatten vergebens große Summen geboten, um nur das kleinste Werk von Cardillac zu erhalten. Er warf sich dem Könige zu Füßen, und flehte um die Huld, nichts für ihn arbeiten zu dürfen. Ebenso verweigerte er der Maintenon jede Bestellung, ja mit dem Ausdruck des Abscheues und Entsetzens verwarf er den Antrag derselben, einen kleinen, mit den Emblemen der Kunst verzierten Ring zu fertigen, den Racine von ihr erhalten sollte.

„Ich wette,“ sprach daher die Maintenon, „ich wette, daß Cardillac, schicke ich auch hin zu ihm, um wenigstens zu erfahren, für wen er diesen Schmuck fertigte, sich weigert herzukommen, weil er vielleicht eine Bestellung fürchtet und doch durchaus nichts für mich arbeiten will. Wiewohl er seit einiger Zeit abzulassen scheint von seinem starren Eigensinn, denn wie ich höre, arbeitet er fleißiger denn je, und liefert seine Arbeit ab auf der Stelle, jedoch noch immer mit tiefem Verdruß und weggewandtem Gesicht.“ Die Scuderi, der auch viel daran gelegen, daß sei es noch möglich, der Schmuck bald in die Hände des rechtmäßigen Eigentümers komme, meinte, daß man dem Meister Sonderling ja gleich sagen lassen könne, wie man keine Arbeit, sondern nur sein Urtheil über Juwelen verlange. Das billigte die Marquise. Es wurde nach Cardillac geschickt, und als sei er schon auf dem Wege gewesen, trat er nach Verlauf weniger Zeit in das Zimmer.

Er schien, als er die Scuderi erblickte, betreten und wie einer, der, von dem Unerwarteten plötzlich getroffen, die Ansprüche des Schickslichen, wie sie der Augenblick darbietet, vergißt, neigte er sich zuerst tief und ehrfurchtsvoll vor dieser ehrwürdigen Dame, und wandte sich dann erst zur Marquise. Die frag ihn hastig, indem sie auf das Geschmeide wies, das auf dem dunkelgrün behängten Tisch funkelte, ob das

seine Arbeit sei? Cardillac warf kaum einen Blick darauf und packte, der Marquise ins Gesicht starrend, Armbänder und Halsschmuck schnell ein in das Kästchen, das daneben stand, und das er mit Heftigkeit von sich weg schob. Nun sprach er, indem ein häßliches Lächeln auf seinem rothen Antlitz gliehte: „In der That, Frau Marquise, man muß Rene Cardillacs Arbeit schlecht kennen, um nur einen Augenblick zu glauben, daß irgend ein anderer Goldschmied in der Welt solchen Schmuck fassen könne. Freilich ist das meine Arbeit.“ So sagt denn, fuhr die Marquise fort, für wen Ihr diesen Schmuck gefertigt habt. „Für mich ganz allein,“ erwiderte Cardillac, „ja Ihr möget,“ fuhr er fort, als beide die Maintenon und die Scuderi ihn ganz verwundert anblickten, jene voll Mißtrauen, diese voll banger Erwartung, wie sich nun die Sache wenden würde, „ja Ihr möget das nun selbst finden, Frau Marquise, aber es ist dem so. Bloß der schönen Arbeit willen suchte ich meine besten Steine zusammen, und arbeitete aus Freude daran fleißiger und sorgfältiger als jemals. Vor weniger Zeit verschwand der Schmuck aus meiner Werkstatt auf unbegreifliche Weise.“ „Dem Himmel sei es gedankt,“ rief die Scuderi, indem ihr die Augen vor Freude funkelten, nun sie rasch und behende wie ein junges Mädchen von ihrem Sesselfel aufsprang, auf den Cardillac losschritt, und beide Hände auf seine Schultern legte, „empfange,“ sprach sie dann, „empfange, Meister Rene, das Eigenthum, das Euch verruchte Spighuben raubten, wieder zurück.“ Nun erzählte sie ausführlich, wie sie zu dem Schmuck gekommen. Cardillac hörte alles schweigend mit niedergeschlagenen Augen an. Nur mitunter stieß er ein unvernünftiges Hm! — So! — Gi! — Hoho! — aus und warf bald die Hände auf den Rücken, bald streichelte er seine Stirn und Wange. Als nun die Scuderi geendet, war es, als kämpfe Cardillac mit ganz besonderen Gedanken, die während dessen ihm gekommen, und als wolle irgend ein Entschluß sich nicht fügen und fördern. Er rieb sich die Stirne, er seufzte, er fuhr mit der Hand über die Augen,

Jena ihre männlichen Angehörigen abstimmen lassen. Dreiviertelmajorität war zur Bedingung gemacht. Die am Donnerstag vorgenommene Abstimmung ergab 614 Stimmen für und 105 Stimmen gegen den Achtstundentag, der also angenommen ist. Die Fragestellung lautete: „Wer traut sich zu und ist zugleich gewillt, in der auf acht Stunden verkürzten Arbeitszeit bei Lohn und Akkord dasselbe zu leisten wie bei der bisherigen neunstündigen Arbeitszeit.“ Bei der neuen Arbeitszeit kommen die bisherigen Frühstücks- und Vesperpausen in Wegfall, die Mittagspause ist im Sommer eine zweistündige, im Winter eine 1 1/2 stündige.

Der jährliche Kongress der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in den Niederlanden wird am 15. und 16. April, also an den Ostertagen, in Rotterdam stattfinden.

Der erste Kongress der deutschen Rechtskonsulenten, der in Berlin zusammengetreten ist, hat gegen die Behinderung der Zulassung von Rechtskonsulenten zur mündlichen Verhandlung vor Gericht folgenden Beschluß gefaßt: „Der Kongress bedauert, daß dem § 157 Abs. 4 der Zivilprozessordnung durch den Erlaß des Herrn Preussischen Staats- und Justizministers eine andere Auslegung gegeben worden ist, als der Reichstag es bei Annahme des gedachten Paragraphen beabsichtigte. Der Kongress bedauert diesen Erlaß, legt gegen denselben im Interesse einer großen Anzahl rechtlicher Rechtskonsulenten Verwahrung ein und bittet den Deutschen Reichstag, dahin wirken zu wollen, daß seinem einmal gefaßten Beschlusse Rechnung getragen wird, die Bundesregierungen anzuweisen, die Bedürfnisfrage bei der Entscheidung über die Zulassung nicht in Betracht zu ziehen und dem Nachsuchenden die Befugnis zum Verhandeln vor Gericht zu erteilen, sofern diesem die Ausübung des Gewerbes als Rechtskonsulent von der zuständigen Behörde erteilt ist.“

Die Lage des Arbeitsmarktes war im Februar durch die Bergarbeiterbewegung in Oesterreich und Sachsen merklich benachteiligt. Nicht nur haben zahlreiche Arbeiter im Königreich Sachsen mit einer Minderung der Beschäftigungs-Gebühre rechnen müssen, nach der Berliner Halbmonatsschrift „Der Arbeitsmarkt“ ist auch der Rückgang des Beschäftigungsgrades über Sachsen hinaus auf dem gesamten deutschen Arbeitsmarkt wahrzunehmen gewesen. Die Ziffern der Arbeits-Nachweise lassen diese Abchwächung des Beschäftigungsgrades insofern nicht zum Ausdruck gelangen, als der Arbeitsmarkt für weibliche Personen günstig liegt. Auf 100 Stellengefüge kamen im Februar dieses Jahres nur 71,2 Angebote gegen 80,9 in der nämlichen Zeit des Vorjahres. Dagegen hat sich bei den männlichen Arbeitern die Lage in wesentlich ungünstiger Richtung verschoben. Kommen im Februar 1899 auf 100 offene Stellen nur 127,0, so dieses Jahr 133,0 Angebote. Auch die Ziffern der Krankentafeln weisen die Wenigkeit zu einem Nachgeben des Beschäftigungsgrades auf. Von Januar auf Februar 1899 nahm die Zahl der beschäftigten Arbeiter um 1,6 Proz., in der nämlichen Zeit dieses Jahres nur um 0,2 Proz. zu. Man wird diese Abchwächung nur als eine Folge des Kohlenmangels ansehen müssen und noch keine weitergehende Konsequenzen daran knüpfen dürfen. Gleichwohl melden sich da und dort Störungen des Arbeitsmarktes, die einer Fortdauer der guten Konjunktur hinderlich werden können. Das Berliner Tischlergewerbe liegt seit der allgemeinen Ausperrung gänzlich darnieder, im Baugewerbe stehen sich Arbeitgeber und Arbeiter in einer Stimmung gegenüber, die den Ausbruch schwerwiegender Kämpfe nicht ausgeschlossen erscheinen lassen. Der Horizont des Arbeitsmarktes ist nicht freundlich genug, um die Ungunst im Februar einfach als eine schnell vorübergehende Erscheinung bezeichnen zu können.

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. In Verbindung mit der Sittlichkeitsverbrechen-Affaire Sternberg in Berlin ist der Direktor der konsolidierten Mariengrube, Lappa, jetzt in Untersuchungshaft genommen. Die Verhaftung erfolgte wegen Verdachtes, daß er versucht habe, Sternberg durch Beeinflussung und Bestechung der Zeugen seiner Strafe zu entziehen. Das Ende der Affaire Sternberg selbst ist noch nicht abzusehen, da immer neue Strafergehen bekannt werden. — Bei einem Brande im *Neubauer Wald* bei Elbing ist unthätlich der *Impetator* verbrannt, welcher vermißt wird. — Das Dunkel des furchtbaren Verbrechens, dem, wie gemeldet, der 18jährige Obersterkamerer Ernst Winter in *Königs* zum Opfer gefallen ist, konnte bisher nicht gelichtet werden. Am Donnerstag wurden die Nachforschungen nach den fehlenden Körperteilen im dortigen Mönche fort-

gesetzt, doch hatten dieselben keinerlei Erfolg, ebenso war die Durchsuchung der Dünghaufen auf den Gehöften mehrerer Schlächtermeister erfolglos. Auch wurden zahlreiche Haus-suchungen vorgenommen, welche ebenfalls resultatlos verliefen. Am späten Abend fand man jedoch, wie verlautet, die fehlenden Eingeweide, die ebenso wie die Leiche sorgfältig in Packpapier eingewickelt und mit Bindfaden umschmürt waren. Wie weiter gemeldet wird, ist der Leiche des Unglücklichen das Herz herausgenommen und das Rückgrat mehrermale gebrochen worden. Von der Polizeiverwaltung in Königs werden jetzt Demjenigen, welcher durch seine Angaben die Ermittlung des oder der noch unbekanntem Mörder herbeiführt, hundert Mark als Belohnung zugesichert. — Dieser Tage wurde der *Kürassier* Gsel vom *Kürassier-Regiment „Großer Kurfürst“* in Breslau in das Zuchthaus in *Ratibor* eingeliefert. Gsel hat in der Nacht, als seine Kameraden den Geburtstag des Kaisers feierten, mehrere Spinden erbrochen und beraubt. Das Kriegsgericht hat den im dritten Jahre dienenden Soldaten zu einem Jahre Zuchthaus verurteilt. — Der auf den 16. März vor dem Reichsgericht in Leipzig angelegte Termin zur Verhandlung über die Revision im Prozesse gegen von Kaiser und Gen. (Harmlosenprozeß) mußte vertagt werden, weil die Ladung des Herrn v. Kaiser nicht erfolgen konnte. Er soll sich bekauflich in Südamerika aufhalten. Die Ladung dieses Angeklagten erfolgt namentlich öffentlich durch Aushang im Reichsgerichtsgebäude. Der Termin für die Revisionsverhandlung ist auf den 10. April angelegt. — Ein Soldat des 7. Infanterie-Regiments, der eine dreitägige Arreststrafe zubüßend erhalten hatte, sprang, der „Frank. B.“ zufolge, von der *Canstatt* in *Neckarbrücke*, indem er *Neckar* und *Glied* verließ und sein Gewehr wegwarf, in den *Neckar*, wurde aber von Kameraden gerettet. — Ein großes Eisenbahn-Unglück hat sich bei *Kreutlingen* nahe *Hayingen* (Württemberg) ereignet; es wurden, der „*Völk. Volkszeitung*“ zufolge, bis jetzt drei Tote und 10 Verwundete gezählt. Das „*Volksrecht*“ meldet über das Unglück: Donnerstag Nachmittag entgleiste ein Arbeitszug auf der *Friedenshütte* bei *Kreutlingen* gehöriger *Privatbahn*. Zwei Arbeiter, welche unter die Maschine geriethen, waren sofort tot, drei starben auf dem Transport; fünf weitere Arbeiter wurden theils schwer, theils leicht verletzt. Die Ursache des Unglücks ist noch nicht aufgeklärt. — Der 24jährige *Wintzerjohn* *Lufnyar*, der s. Zt. ins *Haus* der *Wittwe* *Gabere* in *Nischberg*, *Süd-Steiermark*, gedrungen war und sie, weil er glaubte, daß sie eine *Hexe* sei, durch fünf *Revolverschüsse* getödtet hatte, wurde vom *Schwurgericht* in *Graz* zum Tode durch den *Strang* verurteilt. — *Feuer* brach in der *Nacht* zum *Freitag* in *Sandefjord* (*Norwegen*) in einer *Maschinenfabrik* aus, welches sich in Folge *starker Süd-Westwinde* weiter ausdehnte. Fünfzehn Häuser des bedeutendsten Geschäftsviertels sowie die *Kirche* wurden durch das *Feuer* zerstört. Menschen sind bei dem Brande nicht um's Leben gekommen. Der Schaden wird auf 1 bis 2 Millionen *Kronen* geschätzt.

Unsere modernen Rechtszustände charakterisirt so recht folgende Gerichtsverhandlung: Wegen Verleumdung eines *Gensdarmen* wurde *Genosse* *Deinhardt*, verantwortlicher *Redakteur* der *Straßburger „Freien Presse“*, zu 150 *Mk.* Geldstrafe verurteilt. Der *Gensdarm*, Namens *Kampe*, hatte im *November* vor. Js. den 27 Jahre alten *Italiener* *Stella* auf der *Flucht* erschossen und diesen *Vorfalle* hatte *Deinhardt* etwas ungenau geschildert. Er hatte gesagt, daß mehrere Schüsse des *Gensdarmen* den *Stella* getroffen hätten, während die *Untersuchung* ergab, daß nur der letzte getroffen hatte. *Bemerkenswerth* ist die in der *Verhandlung* aufgehellte geringfügige *Ursache*, der das *Menschenleben* zum *Opfer* gefallen ist. *Stella* hatte bei einer *Krämerin* 144 *Mk.* für *Lebensmittel* bezahlt, die er in *Gemeinschaft* mit seinen *Kameraden* bei ihr auf *Kredit* entnommen hatte. Die *Krämerin* behauptete, sie hätte noch 45 *Mk.* zu bekommen. *Stella* bestritt dies mit der *Erwiderung*, daß dann ein anderer *jeinen* *Namen* *mißbraucht* haben müßte. Darauf wandte sich die *Frau* an den *Gensdarm* *Kampe*, dieser drohte dem *Stella* mit *Verhaftung* wegen *Betrugs*, wenn er nicht sofort zahlte und als dieser sich unter der schon erwähnten *Begründung* weigerte, erklärte ihn *Kampe* für *verhaftet*. *Stella* ließ sich zur *Wehr* und *entflo* schließlich und dabei schoß ihn der *Gensdarm* nieder. Es erscheint danach höchst zweifelhaft, ob sich der *Beamte* bei der *Verhaftung* in *rechtmäßiger* *Ausübung* *jeines* *Amtes* befand. Eine gegen *Kampe* geführte *Disziplinar-Untersuchung* scheint sich mit dieser *Seite* der *Sache* gar nicht beschäftigt zu haben. Vor *Gericht* wurde darüber nur mitgetheilt, daß er, nachdem der *Verhaftete* geflohen, von seiner *Waffe* keinen *vorschriftsmäßigen* *Gebrauch* gemacht habe. Sollte die *Staatsanwaltschaft* nicht *Veranlassung* haben, den

Worgang nochmals gründlich zu untersuchen? Oder soll der *Beamte*, der ohne *Noth* aus *geringfügiger* *Ursache* eines *Menschen* zum *Tode* befördert hat, straflos ausgehen, während sein *angeblicher* *Verleüder*, der in *eigenen* *ganz* *neben-sächlichen* *Dingen* *ungenau* *berichtet* hat, bestraft wird?

Polizei und Gesetz. Im anhaltischen Vereinsgesetz steht mit klaren Worten, daß *Frauen* und *Minderjährige* an den *Veranstaltungen* *politischer* *Vereine* nicht theilnehmen dürfen. Die *anhaltische* *Polizei* legt das seit mehreren Jahrzehnten so aus, daß sie die *Frauen* und die *Minderjährigen* auch aus *öffentlichen* *Veranstaltungen* *politischer* *Charakters* *ausweist*. Alle *Beschwerden* dagegen waren völlig erfolglos, die *Polizei* blieb bei ihrer *ungefährlichen* *Praxis*. Im vorigen Jahre endlich verhängte die *Polizei* über einige *Minderjährige*, die sich ihrer *Praxis* nicht fügten, *Strafmandate*. Diese längt erwünschte Gelegenheit diente zur *Ausrufung* der *Gerichte* und nun haben *sämmtliche* *Gerichtsinstanzen* *endgültig* und *rechtskräftig* *entschieden*, daß die *Ausweisung* der *Frauen* und *Minderjährigen* aus den *öffentlichen* *Veranstaltungen* *ungefährlich* war. Einer *Verantwortung* dafür ist die *Polizei* im *gefügneten* *Deutschen* *Reiche* *leider* *nicht* *unterworfen*.

Von Hunden zerrissen. Aus *Thorun*, den 12. März, berichtet die „*Völk. Bztg.*“: Drei auf dem Gute *Folsong* beschäftigte *galizische* *Arbeiter* waren am *Sonntag* nach einem *Nachbarorte* gegangen, wo sie sich *betranken*. Als sie nach *Hause* gehen wollten, *berirrten* sie sich und kamen nach *Ostajewo*, wo der *Inspektor* zwei von ihnen in einen *Stall* brachte, damit sie ihren *Rausch* ausschließen. Den dritten, der im *Hofe* auf einem *Hansen* *Dung* gefallen und dort *eingeschlafen* war, hatte er nicht gesehen. Als dann in späterer *Stunde* die *Hofhunde* *losgelassen* wurden, fielen sie über den *Schlafenden* her und zerrissen ihn, so daß er am nächsten *Morgen* als *verstümmelte* *Leiche* *aufgefunden* wurde.

Die Schwiegermutter geheirathet. Ein ebenso origineller, wie vielleicht noch nie dagewesener Fall ereignete sich dieser Tage in *Budapest*. *Julius* *Zittner* war seit drei Jahren *verheirathet*. Er war in der *Ehe* nicht glücklich, denn es gab stets *Streit* und *Hader* im *Hause*. Schließlich ließ sich *Zittner* von seiner *Frau* *scheiden* und *heirathete* unmittelbar darauf die *Mutter* seiner *Frau* — seine *Schwiegermutter*, mit welcher er nun in glücklichster *Ehe* leben soll.

Das Salzburger Schwurgericht verhandelte dieser Tage über die *Ehrenbeleidigungsklage* des *Hauptmanns* *Andraczet* gegen den *Redakteur* *Freisinger* von „*Salzb. Tagbl.*“, der dem *Hauptmann* *Soldatenmißhandlung* vorgeworfen hatte. *Hauptmann* *Andraczet* hat sich bekauflich am 7. März das *Leben* genommen. *Freisinger* trat den *Wahrheitsbeweis* an. Nach den *Plaidoyers* des *Vertheidigers* erhob sich das *Publikum* zu *demonstrativen* *Beifallsrufen*, weshalb der *Präsident* die *Zuschauergalerie* *räumen* ließ. Die *Geschworenen* *verneinten* *ein* *stimmig* die *Schuldfrage*, worauf *Freisinger* *freigesprochen* wurde.

Schlechte Beispiele verderben die Sitten. Zwei *Gymnasiasten* von 18 Jahren haben sich jüngst in *Hall* (*Württemberg*) *duellirt*. Der *Eine* hatte dem *Anderen* eine *Dhrseige* gegeben, und das *erforderte* „*ritterliche* *Gemüthung*“. Es kam zu einer *Pistolenforderung*: 15 Schritte *Distanz* und *zweimaliger* *Regelwechsel*. Beim *zweiten* *Gang* wurde der *Beleidigte* in die *Brust* *geschossen*. Er liegt jetzt im *Haller* *Diaconissenhause*; die *Kugel* konnte noch nicht *entfernt* werden.

Osman Pascha, der *Vertheidiger* von *Blewna* im *russisch-türkischen* *Kriege*, ist im *Alter* von 63 Jahren *gestorben*. Der „*Wöwe* von *Blewna*“ war ein durchaus *ehrenhafter* *Charakter*. Er war *nur* *Soldat* und *mischte* sich nie in *politische* *Intriguen*. So genoss er das *volle* *Vertrauen* des *Sultans*, der ihn stets um sich hatte; aber mehr noch als der *Sultan* schätzte ihn die *ganze* *Nation*, für die er, wie *Garibaldi* für die *Italiener*, ein *Nationalheld* geworden war. *Populär* wurde er durch die *zähe* *Vertheidigung* von *Blewna*. Nach der *Kapitulation* am 10. *Dezbr.* 1877 wurde *Osman* *Pascha* als *Kriegsgefangener* nach *Rußland* gebracht, von wo er im *April* 1878 nach *Konstantinopel* zurückkehrte, wo ihm die *Reorganisation* des *türkischen* *Heeres* übertragen wurde. Bis zum *Jahre* 1885 war *Osman* *Pascha* mit einer *kurzen* *Unterbrechung* *Kriegsminister* (*Seraskier*). Seitdem lebte er ohne *amtliche* *Funktion* am *Hofe* des *Sultans*.

wohl gar um hervortretenden Thronen zu feuern. Endlich ergreift er das Kästchen, das ihm die Scuderi darbot, ließ sich auf ein Knie langsam nieder und sprach: „Guch, edles, würdiges Fräulein! hat das Verhängnis diesen Schmutz bestritten? Ja nun weiß ich es erst, daß ich während der Arbeit an Guch dachte, ja für Guch arbeitete. Verjähmte es nicht, diesen Schmutz als das Beste, was ich wohl seit langer Zeit gemacht, von mir anzunehmen und zu tragen.“ Er, erwiderte die Scuderi aumuthig scherzend, wo denkst Du hin, Meister Rene, steht es mir denn an, in meinen Jahren mich noch zu herauszuputzen mit blanken Steinen? — Und wie kommt Ihr denn dazu, mich so überreich zu beschenken? Gucht, geht, Meister Rene, war ich schon wie die Marquise de Fontange und reich, in der That, ich ließe den Schmutz nicht aus den Händen, aber was soll diesen welken Armen die eitle Pracht, was soll diesem verhäulten Hals der glänzende Paß? Cardillac hatte sich indeßen erhoben und sprach, wie außer sich, mit verwildertem Blick, indem er fortwährend das Kästchen der Scuderi hinstielt: „Thut mir die Vernunftigkeit, Fräulein, und nehmt den Schmutz. Ihr glaubt es nicht, wach ließe Verehrung ich für Eure Tugend, für Eure hohen Verdienste im Herzen trage! Nehmt doch mein geringes Geschenk nur für das Bestreben an, Guch recht meine unermessliche Gefinnung zu beweisen.“

Als nun die Scuderi immer noch zögerte, nahm die Maintenon das Kästchen aus Cardillac's Händen, sprechend: „Nun beim Himmel, Fräulein, immer redet Ihr von Euren hohen Jahren, was haben wir, ich und Ihr mit den Jahren zu schaffen und ihrer Last! — Und thut Ihr denn nicht eben wie ein junges verschämtes Ding, das gern zulangen

möchte nach der dargebotenen süßen Frucht, könnte das nur geschehen ohne Hand und ohne Finger. — Schlagt dem wadern Meister Rene nicht ab, das freiwillig als Geschenk zu empfangen, was tausend Andere nicht erhalten können, alles Goldes, alles Bittens und Flehens unerschütet.“

Die Maintenon hatte der Scuderi das Kästchen während dessen aufgedrungen und nun fürzte Cardillac nieder auf die Knie — küßte der Scuderi den Koss — die Hände — küßte — küßte — weinte — schluchzte — sprang auf — rannte wie unruhig, Sessel — Tische umstürzend, das Porzellan, Gläser zusammenkürzten, in toller Hast von dannen.

Ganz erschrocken rief die Scuderi: „Um aller Heiligen willen, was widerfährt dem Menschen!“ Doch die Marquise, in besonders heiterer Laune bis zu jenseit ihr ganz fremdem Rathwillen, schlug eine helle Lache auf und sprach: „Da haben wir's, Fräulein, Meister Rene ist in Guch sterblich verliebt, und beginnt nach richtigem Brauch und bewährter Sitte echter Galanterie Euer Herz zu bestürmen mit reichen Geschenken.“ Die Maintenon führte diesen Scherz weiter aus, indem sie die Scuderi ermahnte, nicht zu grausam zu sein gegen den verzweifelten Liebhaber, und diese wurde, kaum gebend angeborener Laune, hingewiesen in den sprudelnden Strom tausend lustiger Einfälle. Sie meinte, daß sie, sünden die Sachen nun einmal so, endlich besiegt wohl nicht werde umhin können, der Welt das unerhörte Beispiel einer dreißigjährigen Goldschmiedsbraut von untadeligem Abel aufzustellen. Die Maintenon erbot sich, die Brautkrone zu flechten und sie über die Pflichten einer guten Hansfrau zu belehren, wobon freilich

so ein kleiner Rief in die Welt von Mädchen nicht viel wissen könne.

Da nun endlich die Scuderi aufstand, um die Marquise zu verlassen, wurde sie alles lachenden Scherzes ungeachtet doch wieder sehr ernst, als ihr das Schmuckkästchen zur Hand kam. Sie sprach: Doch, Frau Marquise! werde ich mich dieses Schmuckes niemals bedienen können. Er ist, mag es sich nun zugetragen haben wie es will, einmal in den Händen jener höllischen Gesellen gewesen, die mit der Frechheit des Teufels, ja wohl gar in verdammtem Bündniß mit ihm, rauben und mordeten. Mir graust vor dem Blute, das an dem funkelnden Geschniede zu fließen scheint. — Und nun hat selbst Cardillac's Betragen, ich muß es gestehen, für mich etwas sonderbar Vengstliches und Unheimliches. Nicht erwehren kann ich mich einer dunklen Ahnung, daß hinter diesem Allem irgend ein grauenvolles, entsetzliches Geheimniß verborgen, und bringe ich mir die ganze Sache recht deutlich vor Augen mit jedem Umstande, so kann ich doch wieder gar nicht auch nur ahnen, worin das Geheimniß bestehe, und wie überhaupt der ehrliche, wadere Meister Rene, das Vorbild eines guten, frommen Bürgers, mit irgend etwas Bösem, Verdammlichem zu thun haben soll. So viel ist aber gewiß, daß ich niemals mich unterstehen werde, den Schmutz anzulegen.

Die Marquise meinte, das hieße die Scuderi zu weit treiben; als nun aber die Scuderi sie auf ihr Gewissen fragte, was sie in ihrer, der Scuderi Lage, wohl thun würde, antwortete sie ernst und fest: weit eher den Schmutz in die Seine werfen, als ihn jemals tragen.

(Fortsetzung folgt.)